

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

**Annoncen-Annahme-Bureaus** der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Grupski (G. H. Alstric & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Herrn Louis Streissand und Herrn P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittelsche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Moos; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; S. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Laubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Kabath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M. G. L. Danke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

# Posener Zeitung.

Zweihundertsiebziger

Jahrgang.

**Amliches.**

Berlin, 6. September. Se. M. der König haben Allernädigst geruht: Den Kammerherrn v. Kleist auf Wendisch-Tychow, Kr. Schlawe, in den Grafenstand; und den Major a. D. Broeker hierselbst in den Adelstand zu erheben; dem Kreis-Baumeister Küster in Gummersbach den Charakter als Bau-Rath; sowie dem Ober-Bergamts-Sekretär Jahn zu Bonn den Charakter als Rechnungs-Rath, und dem Ober-Bergamts-Sekretär Hülsmann daselbst den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

**Der Entwurf eines Strafgesetzbuches für den Norddeutschen Bund.**

II.

Die Todesstrafe. Den Mittelpunkt in dem Strafssystem des neuen Entwurfs nehmen — wie in allen neueren Strafgesetzbüchern — die Freiheits- und Geldstrafen ein. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts behauptete fast überall die Todesstrafe diese Stelle. Erst in diesem Jahrhundert aber ist die wissenschaftliche und humanistische Entwicklung dazu gelangt, in der Gesetzgebung eine umfassendere Einschränkung dieser Strafe herbeizuführen, deren Bekämpfung noch ein Kant „nur die Frucht theilnehmender Empfindelei einer affektiven Humanität“ nannte. Heute freilich ist die öffentliche Meinung für die Belebung der Todesstrafe derart gewonnen, daß die Motive d. s. neuen Entwurfs von vornherein darauf verzichten, eine prinzipielle Rechtfertigung der Strafe zu geben. Es ist das um so begreiflicher, wenn man sich erinnert, daß schon die mit der sogenannten deutschen Rechtsverfassung festgestellten Grundrechte, welche in verschiedenen deutschen Staaten Gesetzeskraft erlangt hatten, die Todesstrafe abgeschafft hatten, daß selbst die preußische Regierung im Jahre 1848 der Nationalversammlung einen auf Abschaffung dieser Strafe gerichteten und von derselben angekündigten Gesetzentwurf hat vorlegen lassen, daß in Oldenburg, Bremen und Anhalt-Dessau diese Strafe seit dem Jahre 1849 unterdrückt und im Königreich Sachsen erst im Mai 1868 gesetzlich aufgehoben worden ist. Auf diesen letztern Vorgang in Sachsen fällt zwar der Vorwurf einer gewissen Illoyalität gegen den Norddeutschen Bund, insofern hier im Jahre 1868 noch eine partikulare Strafgesetzgebung durchgeführt worden ist, obwohl die norddeutsche Bundesverfassung eine Bundesgesetzgebung für das Gebiet des Strafrechts in Aussicht gestellt und der Norddeutsche Reichstag bereits am 18. April 1868 die Ausarbeitung des jetzt vorliegenden Strafgesetzbuches gefordert hatte, dennoch wird man aber dem Könige Johann von Sachsen zustimmen können, der bei Sanktion des gedachten Gesetzes die Hoffnung ausgesprochen, daß „bei gemachten günstigen Erfahrungen Sachsen die Ehre vorbehalten sein werde, mit Abschaffung der Todesstrafe einen Schritt gethan zu haben, der in weiteren Kreisen Nachahmung finden werde.“ Es wurde mit diesen Worten ein Wechsel auf die Gesetzgebung des Bundes gezogen, welchen der neue Entwurf kaum theilweise einlösen will. Er hat neben den Freiheits- und Geldstrafen als dritte Hauptstrafe auch die Todesstrafe noch beibehalten, erklärt aber, „ihre Verminderung in Vorschlag zu bringen.“ Was den letzteren Punkt anlangt, so ist es richtig, daß der Entwurf nur auf die drei Verbrechen des Hochverraths, des Mordes und der schweren Thätlichkeit gegen die Person eines norddeutschen Landesherrn den Tod androht und sieben weitere Verbrechen, welche das geltende preußische Strafgesetzbuch unter dieselbe Strafe gestellt hat, aus der Kategorie der todeswürdigen Verbrechen ausgeschieden hat. Die Motive lassen bei Hervorhebung dieses Verdienstes des Entwurfs aber außer Betracht, daß dieser Einschränkung der Todesstrafe in thesi begrifflich durch die nothwendige Ausdehnung des mit dem Tode bedrohten Hochverraths und der Majestätsbeleidigung in einem Strafrecht des Bundes eine Erweiterung der Todesstrafe gegenübersteht, welche jenen Vorzug wieder aufhebt. Und eine Statistik über den Umfang der erkannten und vollstreckten Todesstrafen innerhalb der Staaten des Norddeutschen Bundes in den 5 Jahren vom 1. Januar 1860 bis ebendahin 1865, welche den Motiven beigefügt ist, ergibt (bei 52 erkannten und 3 vollstreckten Strafen), daß der gerühmte Vorzug des Entwurfs überhaupt nur einer in der Theorie und auf dem Papier ist. In den Fällen, für welche der Entwurf jetzt die Todesstrafe zu beseitigen vorschlägt, hat man sie zu vollstrecken schon seither fast niemals den Muth gehabt. Während von den innerhalb der genannten Fristen wegen Mordes erkannten (176) Todesurtheilen 41 oder etwas mehr als 23 p. C. vollstreckt worden sind, hat man von den Urtheilen wegen solcher Verbrechen, welche nicht ferner für todeswürdig erachtet werden sollen, nur etwas mehr als 4 p. C. vollziehen lassen. Thatsächlich würde also der neue Entwurf, wenn er Gesetz werden sollte, auf die Verminderung der wirklich vollzogenen Todesstrafen kaum von Einfluß sein. Und der Entwurf nur auf dem von ihm selbst gewählten Felde — „nicht der Spekulation, sondern der Thatlichkeit“ — beurtheilt, so stellt sich also in Bezug auf die Todesstrafe sein Werth gleich Null dar.

Wir unsererseits bekennen uns auch als Verehrer der Theorie und wollen dem Entwurf das Verdienst einer geringen theoretischen Einschränkung der Todesstrafe also nicht verklummen. Wir können ihm sogar ein theoretisches Zugeständniß machen, insofern wir der Gesellschaft und dem Staate das Recht zusprechen, bis

zur Vernichtung eines Individuums zu schreiten, wenn ihre Existenz und Sicherheit mit der Existenz dieses Individuums sich als unvereinbar erweisen. Aber wir behaupten, daß diese Überzeugung, daß die gänzliche Vernichtung irgend eines Individuums zu ihrer Existenz und Sicherheit unentbehrlich sei, dem Staate und der Gesellschaft, nachdem Beccaria sie im vorigen Jahrhundert zu erschüttern begonnen, immer mehr zusammengebrochen und heute vollständig abhanden gekommen ist. Und damit ist jede Rechtfertigung für die Todesstrafe verschwunden. Ihrer ganzen Natur nach darf diese Strafe nur vollstreckt werden von solchen, die an ihre Nothwendigkeit glauben. Wer aber, wie der Verfasser der Motive zu dem neuen Entwurfe sagt: „es wird mit Niemandem zu rechten sein, der im Vorschlage des Gesetzentwurfs nicht die im deutschen Volke über die Todesstrafe herrschende Rechtsüberzeugung wird erkennen wollen“ — und: „die Vertheidiger wie die Gegner der Todesstrafe sind auf dem Gebiete der Spekulation gleich unwiderleglich“ — der glaubt nicht mehr an die Nothwendigkeit der Todesstrafe und der hat damit das Recht verwirkt, ihre Beibehaltung vorzuschlagen. Und wie sollte dieser Glaube auch noch bestehen können. Angefischt der von den Motiven konstatirten Thatstache, daß noch nirgends die Aufhebung der Todesstrafe dazu beigebracht hat, die todeswürdigen Verbrechen zu vermehren. Man giebt es also zu gleicher Zeit auf, die prinzipielle Gerechtigkeit und die Nothwendigkeit und Wirksamkeit der Strafe zu erweisen, ja, auch nur zu behaupten, von welcher man nicht lassen will, während man doch vorschlägt, sie einzuschränken! Dieser halbe und schwächliche Vorschlag wird gemacht aus Gründen der „historischen Rechtsentwicklung“. Weil die Todesstrafe noch in den meisten norddeutschen Strafgesetzgebungen besteht; andererseits die fortschreitende Einschränkung derselben nicht zu bestreiten ist, schlägt man nicht die Abschaffung, sondern zur Zeit nur die Verminderung vor. Wir meinen, die Gesetzgebung kann mit den Strafen nur versuchen, wie sie verlangen muß, daß der Verbrecher mit den Handlungen verfährt, welche sie mit Strafen bedroht. Wie der Dieb nicht sagen kann und darf, ich werde fortan immer kleinere Summen stehlen, bis ich es mit zuletzt ganz abgewöhne, so darf der Gesetzgeber nicht sagen, ich werde die Todesstrafe immer weniger anwenden, bis ich sie zuletzt ganz aufgebe. Hier gilt es nicht, wie die Motive meinen, „eine sprunghafte Entwicklung“ vermeiden, hier muß man ebenso gewiß den „Muth der Gesetzgebung“ haben, von melchem der Justizminister Dr. Leonhardt gesprochen hat, wie man verlangt, daß der Verbrecher den „Muth der Ewigkeit“ habe. Zwischen Prinzipien gibt es keine Vermittelung. Selbst wenn man sich aber auch auf den Standpunkt der Motive stelen wollte, so konstatiren diese einen solchen auf Überwindung der Todesstrafe gerichteten fortschreitenden Kulturprozeß, daß unmöglich von denjenigen, welche in diesem Prozeß ein vorerücktes Stadium bereits erreicht haben, lediglich um der Einheit und Gleichheit des Rechts willen ein Rückschritt zu Gunsten ihrer zurückgebliebenen Genossen verlangt werden darf. Das Entscheidendste gegen die Todesstrafe im neuen Strafrecht des Bundes ist aber, daß gerade bei ihr die Einheit des Rechts, um derentwillen man seinen Genossen einen Rückschritt zumutet, nicht erreicht werden kann. Der einen und gleichen Todesstrafe des Bundesstrafrechts soll ein 22faches Bestätigungs- und Begnadigungskreft der einzelnen Bundesstaaten gegenüberstehen, deren jeder dabei nach verschiedenen Grundsätzen nicht nur verfahren kann, sondern der Natur der Sache nach verfahren muß und würde. Während der Zweifel an der Gerechtigkeit der Todesstrafe in dem staatshoheitlichen Bestätigungsrecht schon lange überall in den Vollzug dieser Strafe ein den allerunberechtbarsten Zufällen ausgefestes und darum verwerfliches Element eingeführt hat, würde diese Unzulässigkeit zur gradezu unannehbaren Ungleichheit und Ungerechtigkeit gesteigert werden, wenn diese Zufälligkeiten sich noch um das 22fache steigern sollten. Wir meinen, von welcher Seite man die Sache auch betrachten mag, — mag die Todesstrafe in einem einzelnen norddeutschen Staate vielleicht hie und da noch zu rechtfertigen sein, — in der norddeutschen Bundesgesetzgebung ist kein Raum für sie. (Berl. Aut. Korr.)

**Deutschland.**

△ Berlin, 6. September. Die gestrigen Morgenblätter meldeten, daß Graf Bismarck in Stettin eingetroffen sei, um an den bei Anwesenheit des Königs stattfindenden Festlichkeiten teilzunehmen. Dagegen behauptet die „Neue Stett. Zeit.“, Graf Bismarck werde garnicht nach Stettin kommen. Die letztere Mitteilung ist richtig und die erste beruht auf einem Irrthum. Wenn aber das Stettiner Blatt hinzufügt, ein neues Unwohlsein des Grafen Bismarck sei der Grund für sein Ausbleiben, so bedarf diese Notiz der Berichtigung. Nicht ein bereits ausgebrochenes Unwohlsein verhindert den Ministerpräsidenten an der Reise nach Stettin, sondern die Besorgniß, daß die Heilnahme an den Festlichkeiten seiner Gesundheit nachtheilig werden und in ungünstiger Weise die ganz der Erholung gewidmete Urlaubszeit unterbrechen möchte. — Über den Tag der Rückkehr des Präsidenten des Bundeskanzleramtes, Herrn Delbrück, für welche bald der 11., bald der 15. September als Termin genannt

Inserate  
1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Seiten oder deren Raum. Klammern verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

wird, weiß man selbst im Bundeskanzleramte nichts Bestimmtes. Um die Mitte des Monats aber wird derselbe jedenfalls wieder hier eintreffen, um alsdann die Einladungen an die Regierungen des Bundes ergehen zu lassen, zur Feststellung der durch die Bundesgewerbeordnung dem Bundesrat übertragenen Reglements für die Prüfung der Aerzte u. s. w. zusammenzutreten. — Die wiener „Presse“ meldet aus Konstantinopel, daß die Großmächte bei der Pforte Vorstellungen gemacht hätten über das Verhalten der Türkei gegen Egypten, worauf die Pforte erwidert habe, sie erstrebe nichts weiter als die strikte Aufführung des Ferman von 1841 und Garantien für die künftige genaue Beobachtung desselben. Die Nichtigkeit dieser Mitteilung dahingestellt, dürfte es doch gut sein, zur Vermeidung einer irrtümlichen Auffassung darauf aufmerksam zu machen, daß von einer Einmischung der Großmächte in die türkisch-egyptische Angelegenheit nicht die Rede ist. Diese wird vielmehr als eine rein innere Frage des osmanischen Reiches angesehen, wohl aber bemühen sich die Gesandten der Großmächte nach beiden Seiten hin sänftig und ausgleichend zu wirken und die Schärfen, welche aus der vorhandenen Differenz sich ergeben, zu mildern. Das Vorgehen der Gesandten beschränkt sich jedoch durchaus auf ein wohlwollendes gemeinschaftliches Anrathen, an eine Intervention wird nicht gedacht, so daß auch die von der „Presse“ gemeinten Vorstellungen keineswegs in der schriftlichen Form von Depeschen gemacht werden sein können. — Bekanntlich geht der Nichtigkeitserklärung abhanden gekommener Wertpapiere ein Aufgebotsverfahren voraus. Die darauf bezüglichen Publikationen finden sich aber in verschiedenen Blättern verstreut, und verfehlen daher oft ihren Zweck. Um nun den Beihilfeten Gelegenheit zur Wahrung ihrer Interessen zu geben, ist bestimmt worden, daß künftig eine periodische Veröffentlichung aller derzeit zur Amortisation gestellten Wertpapiere durch den „Staatenzeiger“ erfolgen soll.

○ Berlin, 6. Septbr. Graf Bismarck geht, wie die pommerschen Zeitungen melden, nicht nach Stettin, da ihn Unwohlsein verhindert. Diese Nachricht hat hier um so mehr überrascht, als in der letzten Zeit nur Günstiges über das Bestinden des Ministerpräsidenten verlautete; hieß es doch noch vor wenigen Tagen in ministeriellen Kreisen, es sei eine Theilnahme des Grafen an d. n. Landtagsverhandlungen, wenn auch erst in einem späteren Stadium derselben mit Bestimmtheit zu erwarten und nicht anzunehmen, daß die zunehmende Kräftigung seiner Gesundheit ihn daran verhindern werde. — Der Minister für Handel und Gewerbe, Gr. Ippenplig, hat sich zur Gartenausstellung nach Hamburg begeben und wird dann auch die altonaer Industrieausstellung besuchen, eben dahin wird sich der Minister für die Landwirtschaft, v. Selchow, begeben und so weit bis jetzt bestimmt ist, gedenkt auch Se. k. h. der Kronprinz die altonaer Ausstellung zu besuchen, wenn die Manöver in Pommern und Preußen beendet sein werden. — In den Bureau beider Häuser des Landtags sind Weisungen ertheilt, welche darauf schließen lassen, daß die Session mit dem 4. Oktober, also genau in vier Wochen ihren Anfang nehmen wird. Es liegt an maßgebender Stelle in der Absicht, bis dahin die Nachwahlen vollziehen zu lassen. In Bezug auf die finanziellen Vorlagen — jetzt will man wieder von einem Entwurf, betreffend die obligatorische Selbsteinschätzung zur Einkommensteuer wissen — sind unsere früheren Mitteilungen auch heute noch aufrecht zu erhalten. Bis jetzt steht in dieser Beziehung nichts fest, dagegen haben die Erfahrungen, die man bei Erhebung der hiesigen Kommunal-Einkommensteuer gemacht hat, schon vor Monaten zu dem Besluß einer Revision respektive Reform der Einkommensteuer-Gesetzgebung geführt, die bezüglichen sofort getroffenen Anordnungen dazu sind in diesem Augenblick noch nicht abgeschlossen, wie man von unterrichteter Seite mit Bestimmtheit hört. Hervorragende liberale Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind der Ansicht, daß die Fraktionen der Linken und zwar wo möglich in diesem Falle geeinigt, im Beginn der Session zusammenentreten würden, um in den Finanzfragen Position zu nehmen und vielleicht mit bestimmten Anträgen vorzugehen. Es wäre nicht unmöglich, daß leichtere an die vorjährigen Laskerschen Motionen anknüpfen, die damals eine so große Sensation erregten.

— Über die Ertheilung von Auszügen aus der Grundsteuer-Mutterrolle zum Zwecke der Substitution hat der Finanzminister im Einverständnisse mit dem Justizminister unter dem 14. v. M. eine Verfügung erlassen, die im Justizministerialblatte zur Kenntnis der Gerichte gebracht wird. Darin heißt es zum Schlus:

„Sur Vermeidung von Missverständnissen mache ich noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß aus der gegenwärtigen Verfügung nicht etwa ein Anlaß zu allgemeinen, auf die Verbindung des Katasters mit dem Hypothekenbuch bezüglichen Arbeiten zu entnehmen ist; denn da dem Landtag der Monarchie der Entwurf einer Hypotheken-Ordnung bereits vorgelegen hat, und voraussichtlich wieder vorgelegt werden wird, welcher die Grund- und Gebäudessteuerbücher für die Grundlage des Hypothekenbuches erläutert, und umfassende Anordnungen behufs der Durchführung des Letzteren auf die Ersteren in Aussicht nimmt, würde ein derartiges Vorgehen nicht am Platze sein.“

— Über die neue Justizorganisation, wie sie für den Norddeutschen Bund entworfen ist, berichtet ein Korrespondent der „Magd. Zeit.“,

manches bereits Bekanntes wiederholend: Die Unmöglichkeit, ein für das Gebiet des Norddeutschen Bundes gemeinsames Prozeßrecht ohne eine einheitliche Justizorganisation zu schaffen, hat bereits in der vorigen Session des Reichstages den mit großer Majorität gefassten Besluß veranlaßt, den Bundeskanzler um Ausarbeitung eines die Justizorganisation umfassenden Gesetzentwurfes zu ersuchen. Daß die Bundesverfassung die Kompetenz der Bundesgesetzgebung auf diesem Gebiete nicht ausdrücklich anerkennt, ist nicht abzuleugnen. Es ist aber erinnerlich, daß im Schoße des Bundesrates bereits bei der Diskussion des sächsischen Antrages wegen Einsitzung des Bundesoberlandesgerichtes die Kompetenzbedenken der Minorität durch den Hinweis auf den oben erwähnten Besluß des Reichstages und dessen innere Berechtigung abgewichen wurden. Die Bivalprozeßordnungskommission hat sich denn auch durch derartige Bedenken nicht bestreiten lassen. Sie ist bei der Ausarbeitung des theilweise vorliegenden Entwurfs einer Prozeßordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für den Norddeutschen Bund von der Voraussetzung ausgegangen, daß bei der Einführung derselben eine auf wesentlich gleichen Grundsätzen beruhende Justizorganisation im ganzen Norddeutschen Bunde vorhanden sein werde. Der Entwurf müßte demnach, indem er die Kompetenz der Gerichte und das Prozeßverfahren zu regeln unternahm, diejenigen Grundsätze aufstellen, nach welchen die ihm vorgelegte Justizorganisation anzulegen ist. Die Privatgerichtsbarkeit wird, wo sie noch besteht, aufgehoben. Der privilegierte Gerichtsstand wird abgeschafft unter Vorbehalt landesgesetzlicher Ausnahmen für die Mitglieder der regierenden Familien. Alle besonderen Gerichte werden aufgehoben; neue dürfen im Wege der Landesgesetzgebung nicht errichtet werden, insoweit nicht die Bundesgesetzgebung ein anderes bestimmt. Den Landesgesetz ist die Aufrechterhaltung der auf Staatsverträgen beruhenden Bollgerichte, der mit Ablösung der Gerechtigkeiten betrauten Gerichte, namentlich der Agrargerichte, vorbehalten. Die Geschäfts- und Gutmündigungsfäden gehörten vor die ordentlichen Gerichte. Aus dem Entwurf geht die Organisation der Gerichte erster Instanz — Landgerichte, Amtsgerichte (Einzel-Griedensgerichte) und Handelsgerichte — deutlich hervor; ebenso die der zweiten Instanz — Oberlandesgerichte. In Betreff der höchsten Instanz ist nur die wenig erfreuliche Thatsache zu konstatieren, daß der Entwurf die Existenz eines einheitlichen Norddeutschen Obertribunals nicht voraussetzt. Welchen Charakter die oberste Instanz tragen soll, ob dieselbe eine wirkliche dritte Instanz wie das jetzige Obertribunal oder ein bloßer Kassationshof (nach rheinisch-französischem Rechte) sein soll, darüber giebt der Entwurf keine Auskunft, da bis jetzt nur die drei ersten Bücher vorliegen.

In Rücksicht auf den eintrtenden Mangel an Personal ist genehmigt worden, daß die vom Seebataillon zur Disposition derselben zu überlauenden Mannschaften erst am 1. Januar 1870 entlassen werden dürfen. Wegen des Termins der zur Reserve zu entlassenden ausgedienten Mannschaften der Marinethiere sind die Bestimmungen noch zu gewärtigen.

Der eben erschienene Justizkalender zeigt eine Abnahme in der Zahl der Gerichtsassessoren von 671 auf 567 (in den alten Provinzen von 490 auf 407), dagegen eine Zunahme der Referendarien von 814 auf 902, was wohl der Aussicht auf Freigabe der Advocatur zuzuschreiben ist. Die beiden ältesten Assessoren (Jahrgang 1858) sind die Israeliten Landsberger und Laster.

Zu Anlaß der gelungenen Versuche, die Geschützbronze zur Herstellung der Hinterladungsgeschütze wieder in Verwendung zu ziehen, ist gegenwärtig zunächst eine Batterie der reitenden Abtheilung des Garde-Feld-Artillerie-Regiments mit Bronze-Hinterladungsgeschützen ausgerüstet worden und soll, so viel darüber verlaute, der Ertrag der in Abgang tretenden Gußstahl-Batterien durch Bronze-Geschütze bewirkt werden. Nicht allein sind große Bestände von Geschützbronze vorhanden, welche so eine geeignete Verwendung finden kann, sondern auch der Preis stellt sich auf nur etwa die Hälfte der Gußstahlgeschütze.

Die zweite Tochter des Prinzen Friedrich der Niederlande und der Prinzessin Louise (der Schwester des Königs Wilhelm von Preußen), die Prinzessin Marie (geb. 5. Juli 1841) hat sich mit dem Fürsten Wilhelm v. Wied (geb. 22. August 1845) zu Neuwied verlobt. Man wird sich erinnern, daß in einer der letzten Sessonen des Abgeordnetenhauses die ohne Mitwirkung des Landtags erfolgte Restitutioon gewisser dem ehemals reichsunmittelbaren Hause Wied vor 1848 zustehenden, in diesem Jahre aber aufgehobenen Rechte zu lebhaften Debatten Anlaß gab.

Der größere Theil der berühmten v. Minutolischen Sammlung ist vom Staate für den Preis von 50,000 Thlr. erworben worden, um dem hiesigen Gewerbe-Museum überwiesen zu werden. Nach einer Verfügung des Handelsministers sollen die angekauften Gegenstände im nächsten Monat von Vigny hierher gebracht und demnächst aufgestellt werden. Ebenso hat die Generaldirektion der königlichen Museen für die ethnographische Sammlung eine bedeutende Anzahl germanischer Alterthümer

angelaufen, welche ein Privatmann in Schlesien auf seiner Festung gefunden. Dieser letztere Hund ist schon vor längerer Zeit gemacht worden und hat bereits die Aufmerksamkeit von Kennern und Liebhabern erregt.

Die hier vom 1. Oktober ab von dem früheren schleswig-holsteinischen Hauptmann Klöring herausgegebene neue demokratische Zeitung wird, wie man der „Brl. M. Z.“ schreibt, in Sinne der Fortschrittpartei redigirt werden und ist nicht, wie die „Volkszeitung“ heute glauben machen will, auf besonders gebildete Leserkreis berechnet, sondern soll gerade der etwas nachlässiger gewordenen „Volkszeitung“ und noch mehr der zweideutigen „Staatsbürgerzeitung“ Konkurrenz machen.

In der bereits mehrfach besprochenen Untersuchungssache gegen einige Mitglieder des demokratischen Arbeitervereins ist jetzt, wie die „Zuk.“ meldet, auf Freitag den 10. d. M. Termint zur mündlichen Verhandlung anberaumt worden. Die Anklage gegen die Herren Kwasniewski und Zichowicz lautet auf Anprüfung eines Verbrechens (Hochverrat), gegen Hrn. Wenzel auf Schmähung von Staatsinrichtungen, gegen Hrn. Vogel auf Majestätsbeleidigung. Der letztere befindet sich immer noch in Untersuchungshaft.

In der Kommunalsteuer-Angelegenheit der hiesigen Post- und Telegraphenbeamten hat die Regierung zu Potsdam unter dem 23. August d. J. die Beschwerdeführer folgendermaßen beschieden:

Da der Herr Minister des Innern neuerdings anerkannt hat, daß die gemäß den Vorschriften im Art. 50 der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 26. Juli 1867 von der k. preuß. Landesregierung angestellten Post- und Telegraphenbeamten preußische Staatsbeamte und als solche der Kommunalbesteuerung nur nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. Juli 1822 (Gesetz. S. 184), betreffend die Herausziehung der Staatsdiener zu den Gemeindeläufen, unterworfen sind, so haben wir Ihre Beschwerde an den dortigen Magistrat abgegeben, um Ihre Herausziehung zur Kommunalsteuer nach Maßgabe der Vorschriften des gedachten Gesetzes zu reguliren und die darauf etwa bereits zu viel bezahlten Beiträge Ihnen erstattet zu lassen. Den dieserhalb bestehenden Vorschriften gemäß haben Sie Anspruch auf Erstattung aller derjenigen Kommunalsteuerbeiträge, welche der dortige Magistrat von Ihnen unter Nichtberücksichtigung Ihrer Eigenschaft als preußischer Staatsbeamter für diejenigen Kommunalsteuererlöse erhoben hat, welche innerhalb des Zeitraums von drei Monaten vor demjenigen Tage liegen, an welchem Ihre erste Beschwerde über die Nichtberücksichtigung Ihrer Eigenschaft als preußischer Staatsbeamter bei dem Magistrat bei der Servicedeputation derselben, oder wenn Sie weder bei dem Magistrat noch bei der Servicedeputation Beschwerde geführt haben, Ihre Beschwerde bei uns eingegangen ist. Sollten Sie demnächst zu der Ansicht gelangen, daß der Magistrat Ihnen zu wenig Steuer herausgezahlt, oder die von Ihnen für die Zukunft zu entrichtende Steuer unrichtig bemessen hat, so steht Ihnen die weitere Beschwerdeführung bei uns frei. Königl. Regierung. Abtheilung des Innern. gez. Kummer.

**Stettin**, 6. Sept. Sc. Maj. der König hat heute Mittags bei Stargard eine Revue über das unter dem Oberkommando des Kronprinzen stehende zweite Armeekorps abgehalten. Angestellt waren ca. 17,000 Mann mit 4192 Pferden und 60 Geschützen. Die Kronprinzessin wohnte der Revue in der Uniform ihres Husarenregimentes bei General Moltke führt sein Regiment in Person vorbei. Um 4 Uhr findet Galadiner im Schloß statt, um 7 Uhr Abends eine von der Kaufmannschaft veranstaltete Festsitzung im Theater, wobei „Minna von Barnhelm“ zur Aufführung gelangt.

**Minden**, 2. Sept. Herr Regierungsrath Becker, welcher sich als Preußenvereinspräsident und Führer der äußersten Reaktion als Kreisrichter im lübecke Kreis hervorholt und jetzt Dozent in Kommunalischen ist (seine Entscheidungen entsprechen aber selten den Wünschen und Ansichten unserer Bürgerschaft) hat am vorigen Samstag im sog. Hoffmannischen Garten in der Porta, wie allgemein erzählt wird, in Folge seines provozierenden Auftretens einen Holländer, einen Professor der Universität Leyden, mit dem Stock über Kopf d Schultern geschlagen. Herr Becker befand sich in Gesellschaft von noch einigen Freunden. Der Herr Professor hat in vollständig holländischem Gleichmut die Schläge hingenommen, dem Herrn Becker, Oberregierungsrath von Schierstedt und von Bories seine Karte gegeben, sich die Namen notirt und soll bereits nach Berlin zur holländischen Gesellschaft gefahren sein. So erzählt die „M. Z.“ ein demokratisches Blatt. Wir lassen hier die verschiedenen Bemerkungen weg, die das Blatt hieran knüpft und bemerken nur, daß von anderer Seite die Sache milder darzustellen versucht wird.

**Koblenz**, 3. Septbr. Der Landrat Freiherr v. Trenz hat sein Mandat als Landtags-Abgeordneter des hiesigen dritten Wahlbezirks niedergelegt. (Kob. Bzg.)

**Fulda**, 5. Septbr. Der Bischof von Würzburg zelebrierte heute das Hochamt im Dom, während der Erzbischof von Köln

am Vormittage und der Erzbischof von Mainz am Nachmittage die Predigt hielt.

**Aus Fulda**, 2. Sept., schreibt man der „Bos. Bzg.“: „Auf einem vierspännigen Wagen wird man alle auf das Konzil bezüglich gedruckte Schriften nicht fortfahren können,“ meinte der katholische Buchhändler, und in der That, jede Woche reisen neue heran, zahllos wie die Brombeeren. Unter ihnen erregt das vor ein paar Tagen in Leipzig erschienene Buch: „Der Papst und das Konzil, von Janus“ großes Aufsehen, denn dessen Autor bekannte sich offen als Vertreter der liberalen Richtung innerhalb der katholischen Kirche und zielte gegen Papismus und Ultramontanismus wider das Schwert. In der Vorrede des Werkes ist von mehreren Verfaßten gesprochen und groß ist begreiflich die Begierde, den wahren Namen des „Janus“ kennen zu lernen. Ein Wink mit Bezug darauf, den Ihr Korrespondent aus kompetenter Quelle erhalten, deutet auf Professor Döllinger in München, denselben, welcher im Jahre 1863 die dortige, von Rom mit missliebigen Augen betrachtete Geläuterversammlung berufen hatte, und welchem die Autorität der in der augsburger „M. Z.“ erschienenen Artikel: „Das Konzil und die Civilta“ zugeschrieben wird. Während auf der einen Seite Professor Döllingers Liberalismus in Verbindung gebracht wird mit seiner von Rom aus vereiteten Anstellung als Bischof von Bamberg, gestaltet man ihm doch andererseits eine bedeutende Zahl von Anhängern zu. Auch soll er es sein, welcher das Birkular des Fürsten Hohenlohe angeregt und verfaßt hat. Nicht un interessant ist der noch nirgends bekannt gewordene — aus bester Quelle entnommene — Umstand, daß Prof. Döllinger beßser Zustand kommend jener Geläuterversammlung sich nach Wien begab, um mit dem päpstli. Konsili, Kardinal de Luca, darüber zu verhandeln. Er fand wenig Erfolg. Seine Vorlesungen im munichener Odon waren als ungünstig für die orthodoxe Kirche aufgefaßt worden. Erst durch Prof. Schrader, von den Jesuiten, kam eine Einigung zu Stande. Das Programm sollte dem Konsilius in solcher Fassung von Döllinger eingefandt werden, daß auf die päpstliche Genehmigung zu rechnen sei. Prof. D. indessen, nach München zurückgekehrt, veröffentlicht plötzlich, ohne sich an derartige Vorlesungen zu lehren, selbstständig sein Programm. Noch wird behauptet, daß die Anhänger Döllingers nicht den Mut haben, Partei zu befehlen, und daß Rom und die Kirche keine Notiz von jener liberalen Partei nehmen werde.

**Dresden**, 5. Sept. In einer von dem Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Wigard und General-Agenten der „Germania“ Delbrück, sowie mehrerer anderer Herren der national-liberalen und nationaldemokratischen Partei veranstalteten und heute unter dem Vorsitz der Genannten abgehaltenen von gegen 2000 Personen aller Stände besuchten Volksversammlung wurde nachstehender Besluß gefaßt: Die am 5. September zu Dresden abgehaltene Volksversammlung erklärt:

1. Sowohl die Berunglüftung von fast 300 Bergleuten in den v. Burgischen Steinbrüchenwerken des Plauenschen Grundes am 2. August, als auch die Berunglüftung des Personenzuges auf der sächsisch-schlesischen Staatshahn am 23. August, geben Veranlassung zu tiefem Misstrauen in die Umfang und Gewissenhaftigkeit der betreffenden Verwaltungen. 2. Eine strenge Untersuchung ohne Ansehen der Person hat festzustellen, was und wer die Schuld von beiden Berunglüftungen trägt und eine angemessene Strafe muß über die mittelbar oder unmittelbar Schuldigen verhängt werden. 3. Als bestreite Sicherheit gegen die Wiederholung solcher Vorgänge muß eine ausgedehntere schärfere Haftpflicht sowohl der Unternehmer und Verwaltungen selbst, als auch deren einzelnen Beamten auf dem Wege der Gesetzgebung geschaffen und in dieser Beziehung insbesondere der Grundatz zum Gesetz erhoben werden, daß bei allen derartigen Unglücksfällen die Vermuthung für das Verfaßten der genannten Organe streite und von diesen der Beweis der eigenen Schuldlosigkeit zu führen ist.

Die Verhandlungen waren sehr lebhaft, verließen jedoch ohngelegte Störung, wie denn auch alle Anträge und Beschlüsse einstimmig Annahme fanden. So dann auch schließlich der des Dr. Döhn, das Komitee, welches die heutige Versammlung einberufen, mit der Einberufung einer zweiten Volksversammlung zur Beprüfung der Verhältnisse der sächsischen oder lausitzer Klöster Marienstern und Marienthal zu beauftragen. — Vor einigen Tagen sind, wie man hört, in der Gegend von Borna bei einem Cavallerie-Manöver 16 Mann in einen tiefen Graben gestürzt, in Folge dessen 1 Mann auf der Stelle tot geblieben, die anderen aber mehr oder weniger verletzt hinweggetragen werden mußten. — Das bekannte Hotel de Prusse in Leipzig feiert morgen das 150. Jubelfest seines Bestehens. — Gestern wurde das Konstitutionfest im ganzen Lande unter den üblichen Feierlichkeiten begangen. (N. A. B.)

## Der deutsche Hilfsverein in Paris.

In der „Germania“, Zeitung für die Deutschen in Frankreich“ lesen wir einen von dem Herausgeber Heinrich Preißler verfaßten Artikel, worin unter der Überschrift „Moderne Grüßen“ die Leiter des deutschen Hilfsvereins aufs heftigste, aber wie es scheint mit Recht angegriffen werden. Wir lassen das einleitende Raisonnement weg und geben den übrigen Theil des Artikels hier wieder.

Der Bau eines deutschen Spitals in Paris ist gewiß eine Angelegenheit, welche die ganze deutsche Kolonie dieser Stadt interessirt. — Was haben die Herren Vertreter des deutschen Hilfsvereins gethan, damit diese Frage nicht — wie es bis jetzt der Fall war — einzige und allein von der hohen Aristocratie und hohen Finance in der Hand gehalten werde? Was haben sie angewendet, um der deutschen Bevölkerung als solcher irgend einen Einfluß auf die Lösung dieser Frage zu sichern? — Nichts!

Und was ist die Folge dieser Energielosigkeit? — Ich will es mit kurzen Worten sagen:

Man ist in diesen Augenblicke daran, für eine Bevölkerung von 150,000 Seelen ein Spital von höchstens 100 Betten aufzubauen, und man will zu diesem Zwecke ein durch dreißig Jahre mit Mühe zusammengesparte Kapital von 350,000 Fr. aufwenden, besser gesagt, vergeuden. Der deutsche Hilfsverein hat dies nicht unbedeutende Summe, welche rechtmäßig den deutschen Armen zugekommen wäre, diesen abgelangt und sich jetzt ein Vermögen geschafft, welches für ein Spital unzureichend ist, für einen wirklichen Unterstützungsverein aber namhafte Dienste leisten könnte.

Willst Du aber wissen, verehrter Leser, auf welcher Stufe der deutsche Hilfsverein, den das erwähnte Kapital seines Namens würdig gemacht hätte, durch seine beschäftigten Mittel zu stehen gezwungen ist, so bitte ich Dich, mit mir eine Viertelstunde in den Büros dieses Vereins zu verweilen und die Konversation eines der Leiter des Instituts mit den hilfsuchenden Armen anzuhören. Wir sprechen — wohlverstanden — nicht von den Beamten, sondern von jenen Herren, welche sich gerne glänzende Titel im Vereine beilegen, den Grundatz: Noblesse oblige! jedoch durchaus nicht beherzigen.

Der Bittende A. kommt z. B. zu dem Herrn X. — „Was wünschen Sie?“ — „Ich bin ein armer Sachse, von meinem Konsul an Sie empfohlen, und wünschte nach meiner Heimat befördert zu werden.“

Herr X. (nachdem er eine Viertelstunde Zeit gebraucht hat, um die Empfehlungsscheine durchzusehen, die von ihm nicht für gewichtig gehalten werden, wahrscheinlich weil das Papier keine Färbung und die Grafenkrone trägt) antwortet, den jungen Mann scharf fixirend: „Ich glaube, mein Lieber, Sie sind jung und kräftig genug; Sie könnten zu Fuß nach Deutschland wandern.“

Alle Beweggründe, die der junge Mann vorbringt, bleiben erfolglos; erst dann, wenn die moderne Größe durch eine dritte Person dazu aufgefordert wird, den armen Sachsen nicht auf seinen eigenen Fuß zu setzen und wandern zu lassen, schwelt der Groggnog und die Fahrkarte wird herbeigeschafft. — Später giebt man sich wohl den Anschein, bei der Verweigerung des gerechten Verlangens nicht mit thätig gewesen zu sein.

Ein älterlicher Herr, aus dessen würdigen, aber abgeharrten Bügeln man den unverschuldeten Kummer deutlich genug ablefern kann, erscheint jetzt vor dem Allgewaltigen. Bögernd beginnt er seine Lage zu schildern, und als er nun sein Herz vollends ausgeschüttet hat, als er glaubt den offiziellen Hilfspender geführt zu haben, da spielt er seinen letzten Trumpf aus und

setzt hinzu, daß er Vater von acht Kindern, und hungernden Kindern sei — da erhält er jedoch eine Antwort, die wir nicht für glaublich halten, wenn wir sie nicht gehört hätten; anstatt eines törichten Wortes schleudert man Ihnen einen hämischen Vorwurf über diesen zahlreichen Kinderleben ins Gesicht. Nachdem der alte Herr diese bittere Pille verschluckt hat, erhält er, um dieselbe zu versüßen (hört! hört!) 5 Franken und zwei oder drei Brodkartchen! — Wer hat ihm auch geheißen 8 Kinder zu haben?

Ein nicht weniger unwürdiges Schauspiel bildet das Lokal, in welchem die Armen empfangen werden. Gleich Kindern zwinge man sie, auf einer Art von Schulbanken Platz zu nehmen und da gebüldig das Manna zu erwarten, das ihnen die moderne Vorstellung der Reihe nach in den Schoß wirft.

Könnte man keine würdigere Art erfassen, diesen Armen ihre Spende zu reichen, die zum größten Theile keine Professionsbettelei sind, sondern unter sich viele arme Petitionen befinden, die von listigen Auswanderungsagenten nach Nordamerika oder Brasilien gelockt wurden und nun, entblößt von allen Hilfsmitteln aus diesen gelobten Ländern zurückkehrend, sich hier auf der Durchreise befinden?

Da sich geniß kein Zweifel erheben wird, daß es Pflicht der hier ansässigen Deutschen ist, ihre verarmten Brüder, die auf den hochgehenden Wogen des hiesigen Lebens geschweift sind, zu unterstützen, wäre es nicht besser, wenn der Hilfsverein trachten würde, die gesamte deutsche Bevölkerung von Paris an sich zu ziehen, anstatt sich — wie es bis jetzt der Fall ist — fast hermetisch von ihr abzuschließen? Sollte er, bei einem andren Vorgehen, nicht schon die Sahl seiner Mitglieder bedeutend erweitert haben? Im neuzeitlichen Jahrhundert hat die Aristokratie ihren Wert als Hebel großer Unternehmungen vollständig verloren. Nur das Volk allein ist im Stande, sich zu helfen und dem Elende thalästig zu steuern.

Warum ist die Eigenschaft als Mitglied des Hilfsvereins an eine bestimmte Höhe des Beitrags gebunden? warum wird nicht ein jeder, auch der kleinste Beitrag von Jekermann mit Dank angenommen, und gibt dem Spender das Recht, auch über die Verwendung seine Stimme zu haben? Warum war der Vorstand dieses Vereins nicht darauf bedacht, sich durch Männer aus den Vorständen der andern hier bestehenden deutschen Vereine zu verstärken, welche die Interessen der Mitglieder jener Vereine zu wahren hätten — und sich derart zu einem deutschen Centralverein zu gestalten? — Diese Maßregel hätte das Gute gehabt, daß im Schoße aller andern Vereine für den Hilfsverein agitir werden wäre und derselbe die Zahl seiner Mitglieder täglich wachsen gesehen hätte.

Wenn der lüb. deutsche Hilfsverein einen Ball giebt, warum stellt man den Eintrittspreis so hoch, daß die Mittelklasse nothwendiger Weise entfernt bleibt muß? Würde man von Seiten der Komiteemitglieder die Protokötin des Balles, die Fürstin Metternich, auf dieses schreiende Unrecht aufmerksam gemacht haben, so sind wir gewiß, daß dieselbe im Interesse der Armut es für eine halbe Stunde über sich gebracht hätte, auch einen wirklichen, echten deutschen Volksball zu besuchen. Man hätte — bei dem Anstandsgefühl der hiesigen Bevölkerung — sogar der Patronatsfrau dafür einstecken können, daß auf diesem Balle ihre Augen nicht etwa durch einen Kanzler beleidigt worden wären. Wenn man dann am Ende des Balles freiwillige Beiträge gesammelt hätte, würde ein sehr nettes Säumchen zusammengekommen sein, welches für den Aufschluß beim Eintrittspreise entschädigt hätte — und hätte man diese Methode drei- bis viermal per Jahr und nur seit 20 Jahren wiederholt, hätten es dann die pariser „Woh-

thäler“ nothwendig gehabt, auswärts um Unterstützung zu beiteln . . . und dies manchmal in Städten, die genug mit ihrem eignen Elend zu thun haben — und das von Seiten einer Kolonie, die eine reiche deutsche Bevölkerung hat?

Nun, lieber Leser, denke Dir einmal die Verlegenheit, wenn ein deutsches Spital gebaut würde, und dann die Franzosen den „modernen Grüßen“ folgende nicht unberechtigte Größenmacht machen: „Ihr habt uns durch den Aufbau eines deutschen Spitals ein Mithraensvotum gegeben; wir haben für Deutsche in unsern Spitäler von nun an keinen Platz.“

— Herr Schweizer, Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, ferner sein neuer Antritts-Hr. Dr. Kitz Mende und endlich auch die Gräfin Hayffeld sind von den Chemnitzer Arbeitern desavouirt worden, und zwar in einer Volksversammlung, in welcher ein Hr. Bielowski aus Berlin ein Referat über die Vorgänge vor und auf dem Kongreß zu Eisenach gab. Nach längerer Debatte wurde dort nämlich folgende vorgelegte Resolution zum Beschluß erhoben: „Die Chemnitzer Arbeiter sagen sich von Dr. Schweizer, von Mende und von der Gräfin Hayffeld los und übergeben diese drei Personen dem ganzen Arbeiterstande der gebührenden Verachtung.“

**Stuttgart.**, 2. Sept. Dass der deutsche Kirchentag, welcher gestern und vorgestern hier seine 15. Jahresversammlung hielt, nur eine Partei innerhalb des heutigen Protestantismus, allerdings eine Partei mit sehr mannigfältigen Schattierungen, repräsentirt, zeigten seine sämtlichen Verhandlungen. Zum Vorisenden wurde, nachdem Bethmann-Hollweg abgelehnt hatte, Geh. Rath Professor Hermann aus Heidelberg gewählt, dem als Vizepräsident Staatsrat Duvernoy von hier beigegeben wurde. Von bekannten Theologen, welche anwesend waren und dem Kirchentag seine Signatur gaben, nenne ich W. Hoffmann, Dorner, Köstlin, Lechner, Wüthern, Rahns, der letzter von der streng lutherischen auf dem Kirchentag eigentlich nicht vertretenen Richtung, wie er sich denn auch blos als Gast einzuführte. In der Begrüßungsrede konnte es Minister Golther nicht unterlassen, unter andern Ruhmestücken, welche er für Württemberg in Anspruch nahm, ganz besonders das Institut der Landessynode, seine Schöpfung, in breiter und selbstgefälliger Weise als musterhaft darzustellen. Das Hauptthema des ersten Tages war: die religiösen Parteien der Gegenwart, verglichen mit denen des Reformationszeitalters. Das Referat des Professor v. d. Goltz aus Basel, formell sehr vollendet, charakterisierte in sprechender Weise die Vermittelungstheologie. Er führte aus, daß der Gegensatz von Protestantismus und Katholizismus heute in den Hintergrund gedrängt werde durch neue und tiefere Gegensätze, nämlich den Gegensatz zwischen Glaubigen und Nichtgläubigen, und wieder innerhalb des Christenthums zwischen strenger und freieren Richtungen. Die letzten schien er in einer Weise anzuerkennen, welche der Freiheit der Versammlung offenbar nicht ganz zusagte, denn die folgende Verhandlung drehte sich vorwiegend um den Protestantverein, welcher keineswegs sehr wohlwollend behandelt wurde. Prälat Kapff von hier empfahl eine sogenannte Gebetsresolution, da nur das Gebet zu helfen vermöge gegen die Tendenzen des Protestantvereins wie gegen den Papst. Mühlhäuser aus Baden und besonders Rahns verwartern sich in noch stärkerer Weise gegen die Summuthung, den Protestantverein als eine legitime Form des Protestantismus anerkennen zu sollen, so daß schließlich Präsident Hermann einige Worte für denselben einzulegen für gut fand. Hoffmann aus Berlin ermahnte die Geistlichen besonders zum Studium der Naturwissenschaften, um auf diesem Gebiete den Angriffen gegen das Christenthum gewachsen zu sein, was gar nicht so schwer sei, da die Geistliche in der Regel selbst nichts verstanden. Der zweite Tag war dem Verhältnisse von Kirche und Schule gewidmet, wobei sämtliche Redner sich auf sehr energische Weise gegen die konfessionslosen Schulen aussprachen. Sonst sind noch die Ansprache des Don Carasco aus Madrid, des bekannten Agenten für den spanischen Protestantismus, und des Dr. Schaaf aus New-York zu erwähnen, welcher zum nächsten Kongreß der evangelischen Allianz nach New-York einlud. Auch aus der französischen, holländischen, schweizer Kirche waren Gäste erschienen, namentlich war das Elftah zahlreich vertreten. Im Ganzen waren es etwa 1400 Teilnehmer. Vor Schluss der Verhandlungen wurde noch auf Bethmann-Hollwegs Antrag beschlossen, das ließe Bedauern über die Vergewaltigung der evangelischen Kirche und Geistlichkeit in den russischen Ostseeprovinzen auszusprechen. Dagegen ist die Frage der kurhessischen Synode nicht zur Sprache gekommen. (M. 3)

Aus Heidelberg wird mehreren Blättern unter dem 3. September telegraphiert: Die Minister Clarendon, Gorischakow und Hohenlohe (nach einer neuen Meldung der „Presse“ war auch Hohenlohe nicht dabei, sondern befindet sich in Aussee) haben heute im Hotel Schröder eine Konferenz gehabt. Dieselbe dauerte ungefähr drei Stunden.

### Deutschland.

**Wien.**, 5. Sept. Der brünner Erzbischof Graf Schaffgotsch entshuldigt jetzt in einem Schreiben an den „Tagesblatt“ aus Mähren seine Abwesenheit auf dem brünner Bahnhofe bei der Durchfahrt des Erzherzogs Karl Ludwig zur Josephsfreier in Slawonien damit, daß er nicht offiziell „verständigt“ worden sei. — Den Karmelitinnen in Krakau ist nun definitiv die ihnen aus dem Staatsfonds verabreichte Staatssubvention von 1800 Gulden jährlich entzogen worden. — Der Erzbischof von Olmütz hat den Kleriker des Piaristenordens, Joseph Dukat, der des „schismatischen“ Ablasses von der katholischen Kirche angeklagt, allen Aufforderungen zufolge sich vor dem erzbischöflichen Gericht nicht zur Verantwortung gestellt hatte, in contumaciam excommunicirt.

**Pest.**, 4. September. Die Auflassung Oftens als Festung und Übergabe an die Kommune ist nahe bevorstehend.

**Agram.**, 4. September. Der Landtag wurde heute feierlich eröffnet. Bei der Lesung des Allerhöchsten Reskriptes, womit Baron Rauch zum Banus ernannt und Bischof Soic zum königlichen Kommissär bei der Installation des Banus bestellt wird, erichselten stürmische Zivils.

### Frankreich.

**Paris.**, 4. Sept. Aus der Senatsitzung vom 2. d. ist auf Grund des amtlichen Berichts noch der Wortlaut der stürmischen Szene nachzutragen, welche sich zwischen dem Prinzen Napoleon und dem Grafen Séguir d'Aguesseau ereignete; nachdem letzterer nämlich das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erhalten, begann er:

„Ich habe mit der größten Aufmerksamkeit die traurige, die betrübende, die standlose Rede des Prinzen Napoleon angehört.... (Stürmische Unterbrechung).“

Marquis de Gricourt (entraßt): Von wem sprechen Sie?

General Baron Renault. Das ist zu stark. Solche Ausdrücke braucht man nicht im Senat.

Präf. Rouher. Man muß die Ansichten und namentlich die Person der Redner respektiren.

Prinz Napoleon. Standlos sind nur Ihre Worte. (Lebhafte Zustimmung.)

Graf Séguir d'Aguesseau. Ich werde sogleich die Berechtigung des letzten Ausdrucks, dessen ich mich bedient habe, nachweisen. Es giebt in der That nichts Traurigeres, nichts Betrübenderes, nichts Standloses.

(Neuer und stürmischer Widerpruch.)

Marquis de Gricourt. Achten Sie in diesem Raum den Neffen des großen Kaisers!

Graf Séguir d'Aguesseau. Ich wiederhole, ich kenne nichts, was besser die strengen Bezeichnungen, welche ich gewählt habe, verdiente, als diese Aufrüstung zum Ungehorsam gegen die Verfassung, eine Aufrüstung,

welche auf der Tribüne von dem ersten Prinzen von Gebüt begangen wurde.

Man sage jetzt noch, ob diese Rede nicht traurig, betrübend, standlos gewesen ist.

Nach nochmaliger Unterbrechung gelangte Graf Séguir d'Aguesseau endlich zu seiner persönlichen Bemerkung. — Was den Eindruck anlängt, welchen die prinzliche Rede auf den Kaiser, der sich dieselbe ihrem ganzen Wortlauten nach hat vorlesen lassen, gemacht hat, so steht fest, daß dieselbe durchaus nicht in die Verdammungsurtheile der Regierungsorgane einstimmt, woraus man allerdings gut thun wird, nicht zu schließen, daß dieselbe darum mit dem Prinzen durchaus einverstanden sei. Die Minister erfüllte dieselbe mit höchstem Unwillen. Es scheint sogar, daß sie einen Augenblick ihre Entlassung einreichen wollten und deshalb gestern Morgen in St. Cloud waren.

— Die „Patrie“ enthält einen sehr günstigen Artikel über die Finanzverwaltung des Hrn. Magne. Ihr zufolge wird 1869 nicht allein kein Defizit im Budget vorhanden sein, sondern Erspareniße, welche sich auf 60 Mill. Fr. belaufen, zur Verfügung der Regierung stehen. Wie sie weiter wissen will, hat die Regierung die Absicht, diese 60 Millionen folgendermaßen zu verwenden: 20 Millionen für die Verbesserung der Gehälter der kleineren Beamten, 20 Millionen für die Reduktion des Octrois auf Wein und 20 Millionen für die Verringerung der Grundsteuer. Wie es heißt, soll Magne diese Reformen in seinem Finanzberichte, der bekanntlich immer kurz vor Jahresschluss erscheint, ankündigen. — Ledru Rollin hat seinen Vorfall, nach Frankreich zurückzukehren, nicht aufgegeben, sondern nur bis nach dem Schlusse der eben angebrochenen Gerichtserien verschoben, da er nicht unnötiger Weise sechs Wochen lang in Gefangenschaft warten will, daß sein Prozeß wegen Theilnahme an einem Komplot gegen das Leben des Staatsoberhauptes wieder aufgenommen wird.

### Spanien.

**Madrid.**, 6. Septbr. (Tel.) Der Justizminister hat den Vorschlag gemacht, den Klerus um 5 Erzbischöfe und 32 Bischöfe zu reduzieren.

### Italien.

**Florenz.**, 6. September. (Tel.) Wiewohl im Schooße des Kabinetts noch Meinungsverschiedenheiten herrschen, dürfte das Kabinett doch auf den Wunsch des Königs unverändert vor die Kammer treten. Die Wiedereröffnung derselben wird für den 15. Oktober in Aussicht genommen. Advokat Billia ist mit großer Majorität zum Deputirten in Corteolona gewählt. Der Deputirte Acerbi ist gestern gestorben. — Italienische Rente 55, 60.

### Großbritannien und Irland.

**London.**, 4. Sept. Die katholische Geistlichkeit in Irland sucht den Vorbehalt, der ihr durch die Demütigung einer mächtigen Nebenbuhlerin, der irischen Staatskirche, geworden ist, eifrig zu verfolgen, und tritt mit gebieterischen Forderungen auf. Die „Kölne. 3.“ bringt darüber nachstehende Mitteilung:

Am 18. August haben die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe der Insel, unter Kardinal Cullens Vorsitz im St. Patricks College zu Maynooth versammelt, eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die sie jetzt veröffentlichten und in denen sie die konfessionslosen Schulen aller Grade aufs schärfste verdammen, sitemal sie dem Glauben und der Sittlichkeit der katholischen Jugend schlimme Gefahren drohten. Nur Katholiken unter der Oberleitung der katholischer Kirche, sagen sie, dürfen der Unterricht katholischer Kinder anvertraut werden. Seldst noch auf Universitäten seien die Gewissens der Katholiken gefährdet, wenn diese Anstalten nicht unbedingt unter der Aufsicht der katholischen Kirche ständen. Sie verlangen daher vom Staate die Errichtung einer rein katholischen Universität oder wenn eine allgemeine nationale Hochschule gegründet werden sollte, die Einrichtung rein katholischer Kollegen und die gleichmäßige Beihilfe des katholischen Elements im Senat der Hochschule durch Männer, welche das Vertrauen der katholischen Bischöfe und Priester und des katholischen Volkes von Irland geniesen. Diese auf das Schulwesen bezüglichen Forderungen geben sie zum Schlusse ein Anhängsel, wonit die Verbesserung der Pädagogie verlangt wird. Es ist natürlich und eben allgemein, daß die höhere Kirche Geistlichkeit ihre Macht über die Schulen ausüben sucht, wie sehr es auch zu bedauern sein würde, wenn es ihr gelänge, die rechtskräftig obwohl gemischten Musterschulen in Irland zu beseitigen. Befremdet aber muß die Sprache mit welcher der Kardinal Cullen sich in einem eben ausgesandten Hirtenbriefe über diesen Gegenstand ausläßt. Er spricht von den Gefahren, welche der katholischen Jugend in den gemischten Schulen drohen, wo neben den Katholiken „Presbyterianer, Anglikaner, Sogliianer, Ariener und Swaddlers“ den Unterricht ertheilen. Swaddlers ist in Irland ein verächtlicher Name für Methodisten, ungefähr der Art, wie das in manchen Gegenden Deutschlands bekannte Schimpfwort „kalvinische Diktatoren“. Cullen kündigt den katholischen Hirten, welche ihre Kinder in die sogenannten (und gewiß nicht mit Unrecht so genannten) Musterschulen schicken, die Entziehung der Sakramente an. Die „Times“ ist höchst unzufrieden mit dem Hirtenbriefe. „Kardinal Cullen ist unverständlich mit der Unverschämtheit eines Betretens gegen die Latenzen seiner eigenen Kirche“ sagt sie. „Er beschimpft die Protestanten; er behandelt die Staatsgewalt mit Verachtung, als sei sie seine Dienerin, die ihm nur die Börse nachzutragen habe. Er verdammt die ganze geistige Bewegung der Gegenwart und will ihr einen Damm entgegenbauen....“ Die Anmaßung der katholischen Hierarchie gegen den Staat ist einfach unerträglich. Aber im Parlament werden ihre Forderungen nur vorgebracht zu werden brauchen, um sofort zurückgewiesen zu werden.“

— Die drei k. Kommissionen, welche mit der Untersuchung der großzügigen Bestechungen beauftragt wurden, wie sie die Prüfung der angefochtenen Wahlen in Norwich, Bridgewater und Beverley zu Tage förderten, sind schon seit einiger Zeit an Ort Stelle beschäftigt, Zeugenbehörde anzustellen. Die Resultate ergeben, daß einzelne Wähler seit einer Reihe von Jahren ihre Stimmen an den Meistbietenden verkaufen und nicht selten 20 Pf. St. erhielten, um am Ende vielleicht doch für den Kandidaten der entgegengesetzten Partei zu stimmen. Die Kommissionen müssen wegen der Zeugenaussagen häufig zu Zwangsmaßregeln ihre Zuflucht nehmen. Vor gestern erst wurde in Norwich ein Zeuge in Haft genommen.

### Rußland und Polen.

**† Petersburg.**, 23. Aug. (4. Sept.). In Litthauen hat die Russifizierung eine neue unermüdliche Schwierigkeit zu den schon vorhandenen gefunden. Der katholische Gottesdienst soll in russischer Sprache besorgt werden, insbesondere das Gebet für den Kaiser und sein Haus in diesem Idiom stattfinden. Nun besteht seit 1832 eine allgemeine gesetzliche Bestimmung, nach welcher das vorschriftsmäßige Gebet für Kaiser und Kaiserhaus in demjenigen Idiom statthaben soll, welches in der betreffenden Gemeinde am meisten bekannt ist. Die polnische Sprache ist direkt untersagt; da stellt es sich heraus, daß, wenn das vorschriftsmäßige Gebet nicht polnisch abgehalten werden darf, ein Dialekt, der weit russifische, viel mehr noch verbreitet ist, als die eigentlich russische Bischöfliche. Unter „Weizkruschn“ versteht man eigentlich die Gouvernements am oberen Dnieper und an der oberen Duna: Witebsk, Smolensk, Mohilew. Das Jargon dieser Gebiete reicht indessen weit weiter, obwohl es sich von dem offiziellen Russisch wenig unterscheidet. Die mostauische Partei sieht in dieser Dialektfrage eine künstlich herbeigeführte Schwierigkeit, doch ist so viel sicher, daß der Militärgouverneur von Litthauen selbst die Sache als höchst wichtig ansieht, ja daß er über seine ferneren Schritte darin zweifelhaft geworden. Manche glauben, daß der General Potapoff der Freigabe des weizkruschnischen Dialekts um so weniger abgeneigt, als er bisher von allen litthauischen Militärächtern seit dem polnischen Aufstande die größten administrativen Fähigkeiten erweitert.

— Daß das russische Postwesen in höchstem Grade der Verbesserung bedarf, ist eine allbekannte Thatsache. Namentlich geschah es in früheren Zeiten schon oft, daß Marken von Briefen abgelöst wurden, um sie aufs Neue zu verkaufen. Der kleine Gewinn, der dabei zu erzielen war, ist schon insofern eine gräßliche Gewissenlosigkeit, als innerhalb Rußlands nur frantilte Briefe herumgeschickt werden. Wie viel Unheil wird nun dadurch angerichtet, daß so und so viel Briefe wegen der abgelösten Marken weggeworfen wurden! Wenn die Postverwaltung Demand erwünschte, so gab es freilich eine strenge Untersuchung. Ferner geht man bei uns nicht von dem Gedanken aus, daß die Post des Publikums wegen da ist, sondern die Krone oder der Fiskus hat auf die Deklaration der zu versendenden Geldbeträge noch

ein ausdrückliches Recht. Legt daher jemand Geld in einen Brief ohne es zu deklarieren, so gilt das nicht dafür, daß er im Verlustfalle sich der Entschädigung begiebt, sondern die Gesetzgebung betrachtet das als ausdrückliche Defraudation. Entdeckt die Post also undeklarirtes Geld in einem Briefe, so wird nicht nur dasselbe konfisziert, sondern dem Absender auch noch eine hohe Strafe auferlegt. Auf vielen russischen Postverwaltungen nimmt der betreffende Briefsträger in solchem Falle den einliegenden Betrag heraus, ohne den Beamten davon etwas zu sagen; er selbst hat den unerwarteten Geldprofit und dem Absender wird die Strafe erspart. Daher macht man in Russland bei verloren gegangenen Briefen oder undeklarirten Geldbeträgen keinen Lärm. Ein Fall, der kürzlich hier zur Endredung kam, erregt aber trotzdem gewaltiges Aufsehen. Es erwies sich, daß ein Briefsträger über 8000 Briefe nach und nach unterschlagen, theils um die Marken abzulösen, theils um einliegende Geldbeträge zu behalten. Der Briefsträger hatte durch falsche Schlüsse den Kasten geöffnet, welchen er mit den Briefen von den Briefannahmekosten regelmäßig nach dem Poststempel trug. Mit Spannung erwartete man den Ausgang des Prozesses. — Die unglaubliche Entwertung des Grundbesitzes in Polen und Westrußland ist eine Thatsache. Es kommt vor, daß man Güter, für welche man fürstlich baar 46,000 Rubel bezahlt hatte, nun für 22,000 Rubel in der Weise ausliest, daß man nur eine sofortige Baarzahlung von 10,000 Rubeln verlangt. Dennoch finden sich schwer Käufer. Aber auch aus dem übrigen Russland treffen allenfalls Klagen ein. Man hat weder Kapitalien, noch das nötige Vieh, noch Arbeitskräfte, um dem Boden etwas abzugewinnen. Der Boden allein nützt dann freilich nichts. Insbesondere macht die „Welt“ auf einen Bericht aus dem durch und durch russischen Zweischen Gouvernement aufmerksam, aus welchem unzweckmäßig hervorgeht, daß es bei uns mi, dem Betriebe der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Organisation ganz anders werden müsse.

Wenn eine neue Bolzerverbindung mit Preußen über Slupce geschlossen ist, darf man sich in Russland gewiß recht darüber freuen. Denn je mehr Wege dem Verkehr geöffnet werden, um so mehr haben wir Nutzen davon. Unsere Industrie ist in ganz desolatem Zustande und wir können die Vortheile, die das Ausland uns bietet, daher gerne annehmen, ohne dem Gemeinwesen zu schaden. Aber wie sollen Industrielle oder Kapitalien zu uns kommen, so lange wir der gewaltigen Russifikation huldigen und so lange wir keine geordneten Vergnügungen im Innern aufweisen. Hat man sein Feld besetzt, so wird die Wiese von fremdem Vieh abgeweidet, das Getreide von Schweinen abgestochen, alle erreichbaren landwirtschaftlichen Utensilien straflos gestohlen, und obendrein ist man nie sicher, daß die angenommenen Arbeiter die eingegangenen Verpflichtungen innehalten. Daß Arbeiter plötzlich, um einem Amusement nachzugehen, wegbleiben und erst wiederkommen, wenn sie ihren letzten Pfennig verjubelt, daß ein Knecht, dem man ein Pferd anvertraut (wenn er nicht damit durchgeht), dessen Hufeisen vertraut und arglos danach wiederkommt, ist nichts Ungewöhnliches, wirkt aber alle landwirtschaftliche Wohlfahrt über den Haufen. Alle kleinen Dienstfahnen und Unternehmungen, das Stehlen von Holz, das Abweiden fremder Wiesen bleibt darum straflos, weil der kompetente Richter oft hunderte von Werken entfernt wohnt und die Reise dahin mehr kostet, als das Streitobjekt wert ist. Trotzdem bleibt diese notorische Straflosigkeit ein schreckliches Nebel. Wohnt der Richter nah, so hat er wegen der konfusen Gesetzgebung oft nicht die Mittel, dem Verletzten zu seinem Rechte zu verhelfen, jet es, daß derselbe bestohlen sei, oder daß ihn der Arbeiter im Stiche gelassen. Hat man endlich sich durch alle diese Uebelstände mit großem Verlust durchgearbeitet, so kommt die unzweckmäßige Besteuerung von den Landschaftsversammlungen. Die Mitglieder der Landschaftsversammlungen merken davon selbst nicht viel, denn sie bekommen einen großen Gebalt, was im Interesse ihrer Aufgabe völlig unpassend ist. Der Russ ist selbst träge manche Uebelstände mit slawischer Sorgflosigkeit, dabei kommt das Land aber durchaus zurück. Ein ausländischer Kolonist kann dergleichen Anarchie jedoch nicht ertragen, und darum ist jeder Verlauf fremde herbeiziehende Verunglückt. Wie gesagt, ist dem Ausländer daher überhaupt nicht zu raten, auf eine Einladung nach Russland zu Kolonisationszwecken einzugehen. Sehr wohl thäte man aber in Russland im Interesse der Selbsthaltung vom Ausländer zu lernen, zu arbeiten oder wenigstens eine rechtliche Ordnung zu achten, und zu diesem Zweck ist jede Erweiterung des Verkehrs mit dem Auslande für uns eine Wohltat. Nur es nicht jedem aufallen, wie bei Gedenktagen von zwei nebeneinander liegenden Gründstücken, das preußische jedesmal verhältnismäßig den fünfachen Werth des russischen hat! Das macht die gesetzliche Rechnung, die zu rezipieren man bei uns erst lernen muß. Lernt man dann auch noch nicht selbst arbeiten, so könnten es dann wenigstens doch Andere thun, die jetzt viel weiter, nach Amerika, auswandern.

Aus Westpolen, 2. Sept., wird der „Schl. 3.“ geschrieben: Auf mehreren Gütern in der Konter Gegend sangen die Bauern wieder an, ihre Anprüche auf die Fortsetzung geltend zu machen und gehen stellenweise, wie z. B. in der Herrschaft Grojec, so weit, daß sie den Gutsbesitzern die freie Disposition über die Forsten streitig machen, für sich selbst aber die Einnahme von Bau- und Brennholz aus den Wäldern für erlaubt halten und in ganzen Banden in die Wälder einfallen und Holz nehmen, wie sie es gerade brauchen. Diese Ausschreitungen, wie auch das bei den Regulirungen der guischartlichen und bauerlichen Verhältnisse ganz außer Acht gelassene onus fabricae der Kirchen- und Pfarrgebäude wird der Regierung noch mancherlei Schwierigkeiten bereiten, da die Bauern sich von den ihnen irrtümlich zugestandenen Rechten eben so schwer trennen, als sie sich zur Übernahme ihnen nicht von vorn herein auferlegter Verpflichtungen verstellen wollen.

### Erste Versammlung des volkswirtschaftlichen Kongresses.

**Mainz.**, 4. Septbr. (Schlußfazit.) In die ständige Deputation des Kongresses werden gewählt: Prince-Smith (Vorsitz), Braun (2. Vorsitz), Schäffer-Quadt, Baumber, Müller-Stuttgart, Böhmer-Zürich, Wolf-Danzig, Eminghaus-Karlsruhe, Meyer-Breslau, Schulze-Delitsch, Dr. Michaelis-Berlin, Dr. Goerz-Mainz, Dr. Beer-Schmidow, Lammers-Bremen, Dr. Bamberger-Mainz, Dr. Henrich-Dresden, Dr. Soetbeer-Hamburg, Dr. Weigel-Kassel, Dr. Dom-Pesth, Dr. Pfeiffer-Stuttgart, Zwicker-Magdeburg, Richter-Danzig.

Der Gegenstand der Tagesordnung ist die Haftbarkeit der industriellen Unternehmern (Eisenbahnen, Bergwerke u. s. w.) für die durch den Betrieb veranlaßten Beschädigungen. Das Referat hat Dr. Braun übernommen, der folgende Resolutionen vorschlä

Unternehmer nicht unmittelbar für das haftet, was seine Beamten thun, sondern nur mittelbar, wie der direkte Missethäler kein Vermögen hat und sich eines Fehlers in der Auswahl seiner Diener schuldig gemacht hat. So ist es im preußischen Landrecht. Die Haftbarkeit suchte man durch Spezialgesetze einzuführen, z. B. durch das preußische und österreichische Eisenbahngesetz. Man muß aber die Frage umfassend behandeln. Die Frage der Haftbarkeit läßt sich am besten lösen vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Freiheit und Selbstverantwortlichkeit. Der Bergbau stand früher unter der absoluten Bewormundung durch die Staatsgewalt, jetzt ist ihm die wirtschaftliche Freiheit gegeben, jetzt fehlt aber das unbedingte Korrelat: die wirtschaftliche Selbstverantwortlichkeit, daß der Unternehmer für den Schaden haftet, die er durch seinen Betrieb anrichtet. Es kommt nun nicht darauf an, daß den Relikten oder Beschädigten ein Almosen gegeben wird, sondern daß Unglücksfälle verhütet werden. Die Polizei darf man in solchen Fällen nicht anrufen, da diese in solchen Fällen machtlos ist; auch die Knappenschaftskassen reichen hier nicht aus; hier muß man das einzelne Interesse des einzelnen Menschen anrufen. Ebenso ist es bei den Eisenbahnen. In den Ländern, wo strenge Vorschriften über die Haftbarkeit der Eisenbahnen bestehen, haben letztere eine viel bessere Ordnung und man behandelt dort das Publikum viel rücksichtsvoller. Wie steht es bei uns, wenn ein Eisenbahnunglück eintritt? Die blinde Gerechtigkeit greift einzelne Beamte heraus, sperrt sie ein und macht ihnen einen Prozeß, bei dem aber in der Regel nicht viel herauskommt. Aber keinem Richter fällt es ein, die Direktion heranzuziehen und zu fragen, ob sie genügende Beamte angestellt habe, ob diese nicht übermäßig arbeiten müssten, ob Brüder, Gleise und Uebergänge in Ordnung waren u. s. w. Die Beschädigten gehen leer aus und von Maßregeln zur Verhütung ist keine Rede. Redner führt mehrere Fälle an. In Sachsen wurde die Witwe eines Getöteten mit ihrer Schadensklage abgewiesen, weil sie ja nicht von der Arbeit ihres Mannes, sondern einem kleinen eigenen Kapital gelebt habe; in Hannover erkannten die Gerichte, daß die Eisenbahunternehmer nicht haftbar seien, weil man ihnen nicht nachweisen könne, daß sie fahrlässig gewesen seien bei der Anstellung der Beamten. Die aber nach denselben Recht entschiedenen braunschweigischen Gerichte sprachen die unbedingte Haftbarkeit der Eisenbahunternehmer aus. Der Bundesrat Norddeutschlands beschäftigte sich neuerdings mit dieser Frage und alle Regierungen mit Ausnahme der mecklenburgischen erkannten die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung im Sinne der Haftbarkeit der Unternehmer an. — Die juristische Seite der Frage erstreckt sich auf folgende Punkte: 1) Wer haftet? 2) Wos der Unternehmer oder auch der Verhüter? 3) Wem haftet er? 4) Für was haftet er? 5) Für wieviel haftet er? 6) Hat der Beschädigte die Urkraft oder das Verhüter zu beweisen oder kann der Unternehmer sich von der Haftpflicht dadurch befreien, daß er die force majeure oder die eigene Schuld des Beschädigten beweist? — Im gegenwärtigen Zivilprozeß ist es fast unmöglich, eine Entschädigungssklage mit Erfolg durchzuführen, weil die Beweisführung zu schwierig ist. In Sachsen hat man deshalb eine besondere Prozeßart, den Schadensprozeß erfunden, welcher manche Fortschritte enthält, aber doch nicht ausreicht. — Ich will hier bloß 2 Fragen untersuchen: Soll der Unternehmer auch für das haften, was ein Arbeiter thut und wodurch seine Mitarbeiter beschädigt werden, was beim Bergbau besonders praktisch wird? Ich bejahe diese Frage vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus. Der Unternehmer stellt sein Arbeiter an und hat die Möglichkeit, sich die richtigen Arbeiter zu suchen. In Frankreich steht diese unbedingte Haftbarkeit im code Napoléon und dort hat der Bergbau bei dem Bestehen dieser Bestimmung durchaus keinen Schaden gelitten, was die Bergwerksbesitzer bei uns zu fürchten scheinen. Zweitens fragt sich, soll der Unternehmer auch für den Zufall haften? Nein, den Zufall muß der tragen, den er trifft (wofür Referent mehrere praktische Beispiele anführt). Es gibt Unglücksfälle, welche der Unternehmer selbst bei der größten Vorsicht und der vorsichtigsten Technik nicht vermeiden kann. Gibt es doch Geschäfte und Arbeiten, die die Gesundheit schädigen, die man aber nicht entbehren kann und doch nicht zu ändern weiß. Wir sollen die Lage des Unternehmers so verantwortlich machen wie möglich, aber nicht unerträglich; er soll haften für Alles und Jedes, nur nicht für den von Außen unabwendbaren Zufall, gegen gewalhame Ereignisse, welchen die menschliche Natur und die Technik nicht gewachsen ist, für Alles, mit Ausnahme des eigenen Verschuldes des Beschädigten, nicht nur für seine Beamten und Offizianten, auch für seine Arbeiter, dem Beschädigten nicht allein, sondern auch den Relikten der Getöteten, für Antieger und Spaziergänger u. s. w., kurz das Gesetz soll so energisch sein, daß es die Unfälle verhütet, aber nicht so, daß es die Geschäfte unterdrückt. (Großer Beifall.)

Dr. Dernburg-Darmstadt. Das Prinzip des jetzigen Schadensatzes, das aus dem römischen Recht herübergemommen ist, ist folgendes: Wer eine Schuld trägt, wird verantwortlich, die Verantwortlichkeit ist eine Strafe; in allen anderen Fällen trifft die Schuld den, den es eben trifft. Wenn man den Schadensatz für Strafe ansieht, so ist dies hier nach eine Ausnahme, daß man für den Schaden einstehen muß, der Regel nach trägt man den Schaden selbst. Da das aber nicht unser Verhältnis, Anschauungen und Bedürfnissen entspricht, so geht man weiter und verkennt diesen Satz förmlich. Auch den Resolutionen des Referenten liegt dieser Gedanke zu Grunde. Ich schlage Ihnen ein anderes Prinzip vor: Es ist eine Last des Geschäftes, für Unglücksfälle, welche Angestellte und Arbeiter treffen, aufzukommen. Der Regel nach bezahlt der Unternehmer das Leben der Arbeiter nicht. Wenn der Arbeiter aber in Folge des Geschäftsbetriebs sein Leben lassen muß, so können wir ihm ein so theures Gut nicht ersezten, aber es ist Pflicht der bürgerlichen Gesellschaft, dafür zu sorgen, daß wenigstens der pfleuiäre Schaden ausgeglichen wird. Wenn man z. B. beim Bergbau Pferde oder Maschinen einstellt und diese zu Grunde gingen, so trägt Gefahr und Schaden der Unternehmer. Ebenso muß es auch beim Menschen sein, wenn er das Leben des Menschen zum Untergang gebracht hat. Für eine Ansicht spricht Recht und Humanität. Ich komme auf das rechtspolitische Gebiet. Wenn wir die Unternehmer haftbar machen für alle Schäden, die unterlaufen und streng, absolute Forderungen stellen, so werden die Unternehmer weit mehr als heut veranlaßt, Unglücksfällen vorzubeugen. So ist es mir bei dem Plauenischen Unglück unzweckhaft, daß eine culpa des Unternehmers stattgefunden hat; ich zweifele ob er die gewöhnliche Unachtsamkeit und Sorgfalt des Bergwerksbetreibers angewendet hat. Wäre er aber zweckmäßig für jeden Schaden gewesen, so hätte jener Unglücksfall gewiß nicht stattgefunden, es wäre ein anderer Schacht begraben gewesen und man hätte gewiß andere Maßregeln getroffen. Dies kann nicht erreicht werden, wenn wir einen verhältnisigen Satz, wie den des Referenten hinstellen, sondern wir müssen einen radikalalen Auspruch thun. Dies thut mein Antrag:

"Der volkswirtschaftliche Kongress wolle erklären: Die Unternehmer bergmännischer und industrieller Unternehmungen haben in Folge des Betriebs ihren Angestellten und Arbeitern zustehenden Unfälle zu haften, falls dieselben nicht in deren eigener Schuld ihren Grund haben."

Prof. Dernburg.

Er befördert die Bildung von Assekuranzgesellschaften, die am besten dafür sorgen würden, daß der Betrieb in gutem Stande erhalten wird. — Scharrat-Bielefeld spricht vom Standpunkt des Technikers über diese Frage. Er verlangt gedingen Lehrer an den technischen Anstalten. — Prince-Smith beantragt im Schlusssatz des Braunschen Antrages, den er warm empfiehlt, statt "einer nicht höheren Gewalt", zu sagen: "eines nicht aus der Natur des Unternehmens hervorgehenden Schadens durch höhere Gewalt." Dieser scheint nur redaktionelle Antrag sei von materieller Bedeutung. Redner erklärt sich gegen die Ansicht, den Unternehmer für die force majeure verantwortlich zu machen.

Kreisgerichtsrath Gad-Berlin empfiehlt den Braunschen Antrag, der weiter ginge und dem Bedürfnis besser entspreche, als der Dernburgsche. Er bitte aber, die Säge, die von dem Norddeutschen Bunde handeln, im Braunschen Antrage zu streichen. Man solle ihn nicht mißverstehen. Geboren in der Mark Brandenburg, habe er an der Geschichte Preußens mit seinen Gedanken und dem Arme Theile genommen, er schwärme für den deutschen Beruf Preußens und hange dem Norddeutschen Bunde mit vollem Gemüth an. Aber der persönliche Standpunkt müßt' jedem gewahrt bleiben. Wir können hier nicht ein Bekenntnis für den Nord. Bund verlangen und erreichten wir ein solches, so müßten wir den volkswirtschaftlichen Kongress zerstören, dessen wissenschaftliches Band und ohne Ansehen der Heimathsgefüle umschlägt. Dr. Dorn-Pesth beantragt im Braunschen Antrag statt "Unfall" überall "Schaden" zu setzen. Damit will er die Haftpflicht auch auf die Frachtgüter, deren rechtzeitige

Ablieferung u. s. w. ausdehnen. Er befürwortet das Prince-Smithsche Subamendment zu dem Braunschen Antrag, führt die Theorie von der Haftbarkeit des Unternehmers auch für die force majeure durch mehrere drastische Beispiele ad absurdum und verwendet sich warm für die Streichung der auf den Norddeutschen Bunde bezüglichen Stellen des Braunschen Antrages, da es außerhalb des Norddeutschen Bundes auch Deutsche gebe, die eine volkswirtschaftliche richtige Politik ebenfalls gebrauchen könnten und sich der volkswirtschaftliche Kongress nicht auf den Norddeutschen Bunde zu befragen habe. — Böhmer-Zürich beantragt mehrere Veränderungen im Braunschen Antrag, da ihm der Dernburgsche nicht weit genug gehe, verwahrt die Arbeiter vor der Dernburgschen Parallele mit Automaten, Pferden und Maschinen, empfiehlt die Selbstversicherung der Arbeiter gegen Unglücksfälle und erwähnt unter lebhaftem Beifall hört! hört! des Kongresses, daß die schweizerische Ostbahn ihre sämlichen Arbeiter kollektiv bei einer Rentenanstalt versichert habe. — Emminghaus wünscht, daß hier Juristen und Debonisten zusammengehen möchten. Die Haftung für jeden Schaden, auch der force majeure, sei dem Unternehmer aufzubürden und der Fall der Möglichkeit eines Gegenbeweises sei am besten außer Rechnung zu lassen. Dr. Löw-Galbe: Die Differenz unter den Ansichten ist nicht so groß, wie es scheint. Die Hauptfrage ist, auszuprechen, daß die Entschuldigung unabhängig von der Untersuchung, von der Schuld zu gewähren ist. Wenn man erst untersucht, wer die Entschädigung zu leisten habe, so wird es manchen Armen unmöglich sein, zu seinem Rechte zu kommen. Plagen wir uns aber nicht mit Formulierungen, keine derselben sagt mir ganz zu; an der Dernburgschen vermisse ich die Verpflichtung und Haftbarkeit der Eisenbahnen, der Braunsche Antrag sagt mir mehr zu; doch gleichviel — geben wir zunächst Demjenigen Gerechtigkeit, der Schaden erlitten hat! (Bravo!) — Dr. Becker-Dortmund zieht derjenigen Fassung den Vorzug, welcher die Verantwortlichkeit des Unternehmers am scharfsinnig anspricht. Mit der Verantwortlichkeit allein sei that sächlich oft wenig geholfen. Man müsse sie so hinstellen, daß der Unternehmer genötigt sei, das Leben und die Gesundheit des Arbeiters zu vertilgen. Wenn eine Gewerke oder Altigengesellschaft sich im Falle eines größeren Unglücks, bei dem viele Entschädigungen zu zahlen wären, von selbst auflöst, so bleibe sonst für die Beschädigten vielleicht nichts, als ein verschuldetes Etablissement, aus dessen Werth der Schadensatz nicht geleistet werden kann. Für die Bergleute werde die Versicherung in einer Reform der Knappenschaftskassen zu suchen sein. Die Eigentümlichkeit des Betriebes und die Gefahr beim Bergbau empfiehlt es, die Versicherung der Bergleute gesondert zu halten. (Beifall.) Im Schlusssatz zieht Dr. Braun die Parenthese des 1. alinea, (namentlich von Eisenbahnen und Bergwerken) und die beiden alin., die sich speziell auf den Norddeutschen Bunde beziehen, zurück, akzeptiert den Prince-Smithschen Verbesserungsantrag und bekämpft mit Nachdruck die andern entgegenstehenden Anträge. Die Abstimmung ergibt, daß der Braunsche Antrag im Sinne des Schlusssatzes angenommen wird. Es besteht nun mehr der Beschlus des Kongresses nach Wegfall der sich auf den Norddeutschen Bunde beziehenden Mittelsätze in den 2 Absätzen des Braunschen Antrages, nur fehlt im ersten die nur gedachte Parenthese und der Schlus des 2 Satzes lautet: "oder eines nicht aus der Natur des Unternehmens hervorgehenden Schadens durch höhere Gewalt befreien kann." Damit sind alle gegenständigen Anträge befehligt. — Im Schlusssatz blickt Präf. Dr. Braun mit Befriedigung auf die Resultate des 11. volkswirtschaftlichen Kongresses, der zwar immer wie seine Vorgänger an Resolutionen, aber um so reicher an gründlichen Debatten gewesen sei und Letzteres sei die Hauptfache. Die gewählten Zwischenausschüsse werden bis zum nächsten Kongress — den Dr. Dettner nach Lübeck einlädt — das nächstjährige Berathungsmaterial vorbereiten. — Mit den üblichen Dankesreden gegen die Stadt Mainz, das unparteiisch, umsichtig Präsidiun, die Presse u. s. w. — Dankesreden, denen man die Aufrichtigkeit der Gesinnung anhört — schloß der Kongress, der bei allen Theilnehmern sowohl durch seine Debatten, als durch die Lebenswürdigkeit des Privatverkehrs nur die angenehmsten Erinnerungen zurückläßt.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. September.

Personalchronik bei den Justizbehörden des Bromberger Departements. Die Kreisrichter v. Chelmicki in Gnesen, Lampe in Schnedemühl und Schmauch in Ossen sind zu Kreisgerichtsräthen ernannt und den Rechtsanwälten und Notaren v. Bork in Schönlanke und v. Groddeck in Bromberg der Charakter als Justizrat verliehen. Die Amtsrichter Dobberstein und Peter son in Bromberg sind zu Appellationsgerichts-Referendarien, sowie der Gerichtsassessor Lindinger in Ratzel zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Lobsens mit der Funktion als Gerichtscommisarius in Ratzel ernannt worden. Der Kreisgerichtsrath Heimbz zu Inowraclau ist gestorben.

**Das Monument auf dem Wilhelmsplatz.** Vor etwa 14 Tagen war der Bildhauer Brüg aus Berlin, dem die Anfertigung des Modells zu dem von Herrn Stadtdaurath Stenzel entworfenen Monumente übertragen wurde, welches zum Andenken an die im Jahre 1866 gefallenen Krieger des 5. Armeekorps auf dem Wilhelmsplatz errichtet werden soll, hier anwesend, um dieses in kleineren Maßstäbe angefertigte Modell im Gebäude des Generalquartiers der zu diesem Zwecke zusammengetretenen Kommission vorzuzeigen. Allgemein gefiel dasselbe, hauptsächlich der Löwe, welcher in seiner ganzen Stellung und Haltung diejenige Spannung und Wachsamkeit ausdrückt, welche der Entwurf in den Worten: "Ein auf siegreichem Schlachtfelde troßig den etwa noch sich heranwagen wollenden Feind herausfordernden Löwe" vorschreibt. Als geeignete Stelle des nach diesem Modelle in bedeutend vergrößertem Maßstabe anzufertigenden Denkmals wurde der Platz östlich vor dem Bosquet am Stadttheater in Borsigplatz gebracht. Doch wurde dagegen von den in der Kommission vertretenen Mitgliedern der städtischen Behörden hauptsächlich geltend gemacht, daß dieser Platz bei einem etwaigen Umbau des Stadttheaters einmal gebraucht werden dürfte, indem die einzige Richtung, nach welcher dasselbe vergrößert werden könnte, eben die nach Osten sei. Wahrscheinlich wird nun das Monument seine Stelle an der Ostseite des Wilhelmsplatzes vor den dortigen Bosquets erhalten.

**Herr Edert zum letzten Mal.** Morgen nimmt derselbe in einer Benefizvorstellung von seinen posener Freunden und Bewundern Abschied. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges, und die Vorstellung verspricht sehr lustig zu werden, da Herr Edert gerade in seinen Glanzrollen, zu denen bekanntlich "Der gebildete Haussnach" und "Hans Styg" gehören, auftreten wird. Wir wünschen dem Künstler, der uns so oft mit seiner sprudelnden Laune erfreut hat, daß bevor er geht, auch er sich noch einmal ordentlich freuen könnte über den klatschenden, mehr noch über den klingenden Beifall des Publikums. Herr Edert deigelt sich nach Mainz, wohin denselben ein Engagement ruft.

**Wegepolizeiordnung.** Am Sonnabend Vormittag fand in Mylins Hotel unter Voritz des Herrn v. Tempelhoff-Dombrowska, als Stellvertreter des Landrats, eine Versammlung der Distrikts- und Wegebau-Kommissarien des Kreises Posen statt. Bekanntlich ist für den Regierungsbereich Posen auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizeiverwaltung in Ansehung der öffentlichen Wege (mit Auschluß der Chausseen) eine neue Wegepolizeiordnung unter dem 4. Juni d. J. erlassen worden. Nach derselben steht die Wegepolizei innerhalb eines Kreises unter Leitung des Landrats; der Kreis wird in Wegebezirke getheilt, und jedem derselben steht ein Wegekommissarius vor, welcher auf Vorschlag des Landrats von den Kreiständern gewählt wird, während der Stellvertreter des Landrats ernannt. Die Anordnungen des Wegekommissarius, welcher öfter, hauptsächlich im Frühjahr, die öffentlichen Wege seines Bezirks bereist, haben die zur Unterhaltung der Wege verpflichteten Gutsbesitzer und Gemeindevorsteher Folge zu leisten. Die Vertheilung der Hand- und Spanndienste zu den vom Präf. zu unterhaltenden Landstrassen regelt der Landrat. Die Verwaltung der von den Kreiständern bewilligten Geldmittel wird durch Beschluß des Kreistages bestimmt. Die Untertheilung der Leistungen, welche nötig sind, sowohl um die Anordnungen des Wegekommissarius auszuführen, als auch außerdem für die ordnungsmäßige Verpflichtung der Wege zu sorgen, liegt innerhalb der einzelnen Gemeinden dem Gemeindevorsteher, und bei gemeinsamer Verpflichtung mehrerer Ortsverbände der vorgesetzten Polizeibehörde auf Antrag des Wegekommissarius bez. der Ortsvorstände oder Interessenten ob. Wer die Anordnungen des Wegekommissarius in der gesetzten Frist nicht gehörig befolgt, verweift eine Geldstrafe von 10 Sgr. bis 10 Thlr. und muß gewährig sein, daß die versäumten Arbeiten und Leistungen auf seine Kosten im Wege des gesetzlichen Exekutionsverfahrens ausgeführt werden. Wenn Streit darüber entsteht, wer zur Unterhaltung von Wegeanlagen verpflichtet ist, so entscheidet die kgl. Regierung; in dringenden Fällen jedoch, wo eine gefährliche Störung

oder eine erhebliche Erschwerung des Verkehrs vorliegt, trifft die nötigen Anordnungen der Landrat auf Kosten des nach seinem Ermeessen Verpflichteten. Abschnitt II und III, beziehen sich auf die ordnungsmäßige Verpflichtung der Wegeanlagen und die Bestimmungen zum Schutz der öffentlichen Wege. Danach sollen die Landstrassen eine Breite von 30 und andere öffentliche Wege von mindestens 18 Fuß haben, und sind dieselben nötigenfalls durch Anlage von Gräben trocken zu legen; auch müssen dieselben von den Verpflichteten mit Obst- oder Wildbäumen bepflanzt werden u. s. w. — Der Kreis Posen ist nun in die 5 Bezirke: Czerwonak, Posen, Sady, Stenshewo und Zabiutowo getheilt. Zum Kreis-Wegekommissarien des Bezirks Czerwonak ist hr. v. Treskow-Radojewo (Stellvertreter die Herren v. Treskow-Bolechowo und Kärnbach-Nicin), des Bezirks Posen hr. Friedrich-Calażewo (Stellvertreter die Herren Ludendorff-Krusewitz und Bartelski-G. Starolenski), des Bezirks Sady hr. Hoffmeyer-Blotnik (Stellvertreter die Herren Beyer-Golenczew und Weißner-Rieck), des Bezirks Stenshewo hr. Baarth-Modrzejewo (Stellvertreter die Herren Pezel-Strykowo, Ryski-Kraplewo, Berndt-Witobol), des Bezirks Zabutowo hr. v. Tempelhoff-Dąbrowska (Stellvertreter Dobielinski-Konarzew, Miech-Zabutowo, Wałtchis-Pawice) gewählt worden. In der Versammlung am Sonnabend wurde die neue Wegepolizeiordnung noch bestimmter erläutert und der Beschluß gefaßt, daß in der nächsten Zeit eine Bereisung der baubedürftigen Wege im Kreise seitens der Distrikts- und Wegekommissarien stattfinden solle. Hr. Reg.-Rath Schück, welcher als Dezerent in dieser Angelegenheit gleichfalls der Versammlung beihörte, erklärte sich bereit, an dieser Bereisung mit Theil zu nehmen.

**Städtische Wasserleitung.** Wie im vorigen Jahre, so wird auch in diesem das Hochbauamt der städtischen Wasserleitung bei Bartholdshof in der Zeit vom 9. zum 10. d. M. abgelassen und einer gründlichen Reinigung unterzogen werden. Im vorigen Jahre blieb während der Zeit der Reinigung wenigstens am Tage das Wasser nicht aus, indem die Pumpen in der Anstalt auf dem Graben in Thätigkeit gesetzt wurden und das überflüssige Wasser an verschiedenen hochgelegenen Stellen seinen Abfluß fand. Da aber diesmal auch einige Reparaturen an den Rohrleitungen in der Stadt vorzunehmen sind, so wird während der Zeit vom Donnerstag (9. d. M.) 1 Uhr Mittags bis zum Freitag 10 Uhr Abends die regelmäßige Abgabe von Wasser unterbrochen werden. Die Wasserfontänen werden deshalb gut daran thun, für diese Zeit vorher sich zu versorgen.

**Bor der Franziskanerkirche** sind gegenwärtig während der Jesuiten-Missionsandachten zwei Buden aufgestellt, in welchen Kruzifixe, Skapuliere, Rosenkränze, Missionschriften und dergl. verkauft werden. An den Thüren der Kirche waren am Sonnabende Bettel angeheftet, in denen die "Geschichte der Barbara Ubryk" dem Publikum empfohlen wurde; diese Anzeigen wurden jedoch sogleich entfernt.

**Eine prächtige Sammlung von Käteen,** welche viele hundert der schönsten und seltensten Exemplare zählt und einen Werth von mehreren tausend Thalern hat, befindet sich im Besitz des Hrn. General-Lieutenant v. Jakobi im gräflich Czapskischen Garten zwischen der Berlinerstraße und St. Martin. Ebenso erblieb man dort eine sehr reichhaltige Sammlung von Agaven, jenen schön gestalteten Pflanzen, welche gegenwärtig rings um das Becken des mittelländischen Meeres verpflanzt sind, aber erst von Amerika dorthin gelangten. Während des Sommers genießen die Käteen vollkommen die freie Luft, zum Spätherbst dagegen werden sie in ein Treibhaus gesetzt, in welchem die Temperatur nicht bis unter 2-3 Grad fällt.

**Gutsprungen** ist gestern früh 7 Uhr der des Krichenbierstahls, begangen mittels Einbruchs in der Kirche zu Swierczyn bei Braudstadt, angeklagt August Nikolaus aus dem hiesigen Kreisgerichts-Gefängniß, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, seiner habhaft zu werden. Der Inhaftat benutzte die Freitrad, um in einen nach dem Kämmererhof zu belegenen Holzstall zu gelangen, erstickte hier und starb, schlug sich durch Fachwerk der Mauer ein Loch und gelangte so auf die Umfassungsmauer, von welcher er heruntersprang. Das Glück wollte ihm in jeder Beziehung wohl, denn auf einem benachbarten Dach hatte ein leichtsinniger Dachdecker seinen Überrock liegen lassen. Diesen sahen und fortnehmen, war das Werk eines Augenblicks. Iedermann hat er ihm dazu gedient, ihn unerkannt entkommen zu lassen.

**Viehkrankheiten.** Wegen Maul- und Klauenseuche war für mehrere Ortschaften in dem Reg.-Bzg. Posen die Sperrre verfügt worden; doch ist dieselbe nach einer Verordnung der kgl. Regierung vom 31. August d. J. bei der erkannten Gutartigkeit und der sehr weiten Verbreitung der Krankheit wieder aufgehoben worden. Nach derselben Bekanntmachung wird die Anzeigepflicht des Eigentümers in Betreff des an dieser Seuche erkrankten Viehs an die betreffenden Polizeibehörden unter Androhung einer Strafe von 1-20 Thlr. auf die Anzeige des Ausbruchs der Klauenseuche bei den Schafen beschränkt.

**Witterung.** Bei der gegenwärtigen südöstlichen Windrichtung ist die Temperatur wieder bedeutend gestiegen, rückt sie bei nordwestlicher Windrichtung in der vergangenen Woche Freitag früh Morgens bis auf beinahe 1 Grad Kälte gesunken war. In Folge dieses Frostes sind viele Blumen und saftreiche Blätter in den Gärten unserer Stadt erfroren.

**S. Buz, 5. Septbr.** Von den Bewerbern um das erledigte hiesige evangelische Pastorat waren außer dem Bewerber, Herrn Bohn, zwei Kandidaten zur Abhaltung einer Probepredigt aufgefordert, und der Termin zur Wahl wurde auf heute anberaumt. Am 22. v. M. hat einer dieser Herren seine Probepredigt gehalten; der andere aber, der heute predigen

Gegenentnahme von Unterstützungs geldern zu für die im plauenschen Grunde Verunglückten und deren Hinterbliebenen, bestehend aus dem k. Landrat Hrn. v. Hindeldey, dem Bürgermeister Hrn. Scholz und dem Superintendenten Hrn. Vater, gebildet.

\* \* Wreschen, 6. Sept. Im Papryckischen Saale versammelten sich gestern die Mitglieder der hier bestehenden Zweigverbindung des vaterländischen Frauenvereins. Nachdem der Schriftführer des Vereins, Herr Landrat Feige, über die bisherige Thätigkeit Bericht erstattet, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Die Versammlung bewilligte als Spende für die Hinterbliebenen der verschütteten Bergleute 20 Thlr. Das Statut wurde dahin ergänzt, daß der Verein fortan auch an der lokalen Armenpflege sich nach Kräften beteiligt. Ein Zusammenwirken mit schon bestehenden Privat-Armenvereinen ist hierbei in Aussicht genommen. An Stelle eines ausgeschiedenen Vorstandes fand eine Neuwahl statt. Der augenblicklich auch vorhandene, bei der hiesigen Kreis-Sparkasse angelegte Bestand der Vereinskasse beträgt gegen 100 Thlr.

Bromberg, 6. September. Bei der Freitag und Sonnabend abgehaltenen Prüfung im hiesigen k. Gymnasium durch den Geh. Regierung- und Provinzial-Schulrat Hrn. Dr. Mehring haben 10 Abiturienten das Zeugnis der Reife erhalten. (B. 3.)

Inowraclaw, 3. Sept. Wie bereits früher mitgetheilt, sind die Bohrversuche nach Salz seitens des Fiskus bis auf Weiteres aufgehoben. Wie es heißt, beabsichtigt der als intelligent allgemein bekannte Kaufmann Herr Michael Lewy hier selbst weitere Bohrversuche zu machen, namentlich da sich Anzeichen auf Gipslager gefunden haben. Herr Michael Lewy hat viel Sympathie für seine Vaterstadt Inowraclaw, für die er unter Anderen einen Schul-rep. Lehrfonds durch Herzabgabe eines Kapitals gegründet hat, dessen Zinsen für die Lehrer verwendet werden. (B. 3.)

Schneidemühl, 5. September. Die Schneidemühl-Könitz-Dörfchauer Eisenbahnlinie wird von hier aus mit dem Arbeitszuge auf einer 2 Meilen langen Strecke befahren. Im Verlaufe des Septembers soll das Geleise bis zur nächsten Station Krojanke geführt werden, und man hofft, daß noch vor Ablauf dieses Jahres auch die weitere Strecke Krojanke-Glatow für Arbeitszüge fahrbar werden wird. (B. 3.)

### Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\*\* Uebersicht des Flächenraums und der Einwohnerzahl des preußischen Staates und alphabeticisches Verzeichniß der Städte in demselben, mit Angabe der Bevölkerungsanzahl nach der Volkszählung am Schlusse des Jahres 1867 (Verlag der kgl. Geh. Oberhofbuchdruckerei R. v. Decker). Dies nach der letzten Zahlung zusammengestellte Material ist um so wichtiger, weil hier zum ersten Male die neuen Provinzen mit eingereiht sind. Es liefert zuerst den Flächenraum und Einwohnerzahl nach Provinzen mit Angabe der Regierungsbezirke resp. Landkreisen, und dann ein vollständiges alphabeticisches Verzeichniß der Städte mit Angabe der Bevölkerungsanzahl nebst Kreis- resp. Oberamtsbezirke und Regierungs- resp. Landdrosteibezirke.

### Staats- und Volkswirthschaft.

■ Berlin. Nach der von dem Centralbureau des Bollvereins veranstalteten Abrechnung über die gemeinschaftlichen Einnahmen an Ein- und Ausgangsabgaben für das erste und zweite Quartal dieses Jahres beläuft sich der Betrag dieser Abgaben im ganzen Bollverein nach Abzug aller Unfosten auf 10,883,849 Thlr., wovon auf das erste Quartal 5,442,684 Thlr. und auf das zweite 5,411,165 Thlr. kommen. Es sind vereinnahmt worden von dem Norddeutschen Bunde 9,589,122 Thlr., Luxemburg 62,007 Thlr., Bayern 446,550 Thlr., Württemberg 204,914 Thlr., Baden 404,265 Thlr. und Hessen 176,391 Thlr. — An den Einnahmen haben einen Anteil: der Norddeutsche Bund von 8,381,072 Thlr., Luxemburg von 56,820 Thlr., Bayern von 1,372,715 Thlr., Württemberg von 505,349 Thlr., Baden von 407,351 Thlr. und Hessen von 160,542 Thlr. Es haben mithin herauszuzahlen: der Norddeutsche Bund 1,208,050 Thlr., Luxemburg 5,787 Thlr. und Hessen 15,849 Thlr., zu empfangen über den Betrag ihrer eigenen Einnahmen: Bayern 926,165 Thlr., Württemberg 300,450 Thlr. und Baden 306 Thlr.

Der Betriebsdirektor der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn, Herr Dr. Glauer, hat sich, wie der „Niederschl. Anz.“ meldet, am vergangenen Donnerstag nach Glogau begeben, um den Ankauf der zum Bau der Liegnitz-Grüninger Eisenbahn erforderlichen Ländereien im glogauer Kreise vorzunehmen; der Bau der Strecke Raudten-Glogau soll sofort beginnen.

Kiel, 6. Septbr. Laut eingegangener Meldung ist Sr. Maj. Schiff „Viktoria“ am 4. d. von Norfolk in Plymouth angelkommen. — Das Postdampfschiff „Hermod“ traf heute erst 6 Uhr früh aus Korsör hier ein. Die Passagiere und die Post haben mit dem Zuge 7 Uhr 5 Min. nach Altona Weiterbeförderung erhalten.

Wien, 5. September. (Tel.) In der heute erschienenen Kundmachung der Nationalbank beleuchtet dieselbe ihren Standpunkt zur Lage des Geldmarktes und erklärt, sie werde ihre Notenreserve, wie sie dies bereits begonnen habe, noch weiter stärken, jedoch nur um den Bedürfnissen des Handels und der Industrie zu entsprechen; sie fühle sich dagegen nicht berufen, ihre Noten zu vermehren, um dadurch eine natürliche Klärung des Effektenmarktes künftlich aufzuhalten. Uebrigens beabsichtigt sie vor der Hand keine weitere Erhöhung des Binsfußes im Estampiegeschäft. Diese Nachricht hat eine große Bank bewirkt.

Petersburg, 5. September. Der Finanzminister erklärte im Rathe der Kredit-Institutionen, daß im Jahre 1869 die Reichsschulden sich um 1,342,000 polnische Gulden, 445,100 Pfund Sterling, 9,050,284 Papier-Rubel, 1,091,090 Silber-Rubel vermindert haben. — Die den Eisenbahngesellschaften geleisteten Vorschüsse beliefen sich auf 80,148,867 Rubel. — Im Jahre 1868 habe die Reichsbank für 59,223,047 Rubel edle Metalle angekauft. — Die Konzession für die Eisenbahnlinie Borowisch-Grujichem ist dem Vertreter der Voronegger Landstände, Poliakoff, erteilt worden.

s. Kirchplatz-Borun, 4. Sept. Das Cinerndten und Trocken des Hopfen ist gewiß so betrachtenswert, daß jeder Produzent die mögliche Sorgfalt darauf verwendet, um eine schöne Waare zu erzielen; denn eine Vernachlässigung hierbei kann die besten Früchte unansehnlich machen und verfälschen, so daß die Käufer Veranlassung zum Tadel der Waare und Preisen niedrigere Preise finden, daraus aber ihren Vortheil ziehen, weil die durch schlechtes Trocken verschossene Hopfensfarbe durch Schwefeln wieder gehoben wird und denn auch selbstverständlich höhere Preise bringt. Das Cinerndten des Hopfens von den Stangen und Gerüsten beginnt mit dem Abschneiden der Ranzen. Diese werden mit einer Sichel 1 Fuß hoch über der Erde und dann — 6 Fuß höher hinauf abgeschnitten, wenn sie so hoch hinauf fruchtbare sind, oder nicht etwa fürs nächste Jahr zum Gebrauch in Plantagen mit Gerüsten verwandt werden sollen. In letzterer Falle werden sie von Stangen und Gerüsten nur unten abgeschnitten, nach dem Abfallen sorgfältig von Blättern befreit und aufbewahrt. Beim Abstreichen der Blätter bedient man sich gewöhnlich eines in der Erde befestigten Holzfußs, durch welches ein Loch gebohrt ist, groß genug, um 2 bis 3 Ranzen bequem hindurch gleiten zu lassen. Die werden mit dem dünnen Ende (oberen Spitzen) durchgesteckt und der Länge nach durchgezogen, wobei sich alle Blätter abstreifen. Dem Abschneiden folgt das Ausziehen der Stangen. Um diese zu schonen, macht man sie durch vorsichtiges Bewegen erst in der Erde lose, und zieht sie dann heraus ohne die unteren Spitzen abzubrechen. Unvorsichtige Arbeiter können hierbei nicht unerheblichen Schaden anrichten. Kann man sich hierbei eines Hebels bedienen, so wird das sonst so leicht mögliche Abbrechen der Stangen über der Erde nicht vorkommen. Beim Abnehmen von den Gerüsten wird der obere Draht ausgezahlt; die Ranzen fallen dann beim Abstreichen fast von selbst herunter. Die ausgezogenen Stangen müssen befreit zusammengelegt und abgestreift werden, damit nicht unnötige, zerissene Dolden absfallen. Hierauf folgt das sorgfältige Zusammensetzen und Einbinden der Ranzen in Bunde. Ein leidfertiges Zusammensetzen der Ranzen erfordert das Auseinandernehmen derselben beim Pfücken, wodurch unnötige Zeit verloren geht und viele Dolden zerstört werden. Beim Pfücken ist mit größter Sorgfalt darauf zu achten, daß die Dolden mit möglichst kurzen Stielen abgenommen werden; ein Berreifen darüber darf nicht vorkommen. Auch dürfen keine Blätter, am allerwenigsten verdorbene in den gepfückten Hopfen hineinkommen, weil diese bei Ansicht des Hopfens auffallen; kleine grüne Blätter beleidigen das Auge weniger, weil sie in der Regel gut zusammengetrocknet und dann in der Hopfmasse fast verschwinden. Die Blätter werden beim Pfücken gewöhnlich erst von Seitenzweigen, an welchen sie

oben sitzen, abgelesen und dann die zurückgebliebenen Dolden mit ziemlich festem Handgriffe abgezweigt. Wird nicht Tagelohn, sondern pro Pflock bezahlt, so ist eine strenge Kontrolle der Arbeit unerlässlich. Der gepfückte Hopfen darf nicht zu lange, namentlich nicht in Gefäßen über Nacht stehen bleiben, weil er zu leicht warm wird und dann eine schlechte Farbe bekommt. Ist Platz vorhanden, so ist es am besten, ihn gleich an Ort und Stelle, wo er liegen bleiben kann, auszuschütten. Sonne und Zugluft sind unerlässliche Bedingungen eines zum Trocknen bestimmten Platzes, wenn das Trocknen nicht auf Darnen durch künstliche Wärme erfolgt. Kann der gepfückte Hopfen wenigstens einen Tag auf Horden oder Plauen gesättelt, — erstere sind vorzuziehen, weil sie bequemer zusammengefaßt werden können und das Trocknen befördern — im freien Sonnenschein trocknen, so hat er an Farbe viel gewonnen, nur bei starkem Winde ist dies nicht anzuraten, weil die Dolden sonst zu sehr aufgetrieben werden, blättern und an Viehl und Gewicht verlieren. Je dünner er anfangs aufgesättelt werden kann, um so eher trocknet er und gewinnt an Farbe. Fleißiges und sorgfältiges Umwenden mit einem großen Rechen, lange und weit abstehende Bäcken enthaltend, ist die tägliche Arbeit bis nach vollständigem Trocknenwerden des Hopfens. Unvorsichtiges Herrenreichen und Bertreten der Dolden darf nicht vorkommen. Je trockner der Hopfen wird, desto dichter muß er zusammengebracht werden, zuletzt gewöhnlich in 2 Fuß hohe Kamme und nach völligem, allmäligem Trocknenwerden in größere Haufen, in welchen er täglich redunt und nötigenfalls umgedreht werden muß, wenn er unten warm wird, weil er dann leicht verschimmelt. Eine gute Probe des Trockenheitsgrads hat man, wenn der Stiel beim Auseinanderreichen derselben nicht zu feucht ist und sich nicht schält, sondern beinahe bricht. Auch macht man um die Doldenhaltigkeit zu prüfen, folgendes Experiment: Man nimmt einen Theil der Waare unter den Fuß und tritt ihn scharrt an. Quillt der Hopfen nach aufgehörtem Druck auf, ohne daß sich viele Blätter lostreten, so gilt dies als gutes Zeichen. In den Haufen läßt man ihn einige Zeit liegen, bis er saftbar ist. Beim hierauf folgenden Einziehen der Waare in große Säcke, 7 bis 8 Fuß lang, ist ebenfalls mit grossem Geschick zu verfahren, damit namentlich durch ungeschicktes Eintragen die Dolden nicht zerblättert werden. Gewöhnlich sieht der Arbeiter mit dem linken Fuß in der Mitte des Ballens und tritt mit dem rechten Fuß an den Seiten, in der Mitte aber mit dem linken Fuß den Hopfen fest. Kann man sich einer Presse bedienen, so ist dies um so zweckmäßiger, weil dann die Dolden allmälig mit gleichmäßiger Druck zusammengedrückt werden und ganz bleiben. In Erwägung einer Presse wendet man auch einen schweren runden Deckel beim Eintreten an, auf welchen der Arbeiter tritt und dadurch den Hopfen zusammendrückt. Die Blätter hängen unten frei, ist am oberen Ende um einen Heifen geschlagen, an diesen mit starken Nägeln befestigt; dieser selbst ruht auf starkem Schößle. Nach dem Einziehen steht man zur Vorsicht einige lange Stiele in die Mitte des Ballens, welche man täglich herausnimmt, um durch Geruch und Gefühl wahrzunehmen, ob der Hopfen nicht warm oder dumpfig wird, in welchen Fällen die Blätter sofort aufzuziehen, der Hopfen herauszunehmen und nachzutrocknen ist. Nicht selten ist es vorgekommen, daß Hopfen in den Bünden brandig geworden ist. Noch bemerkte ich, daß die abgeplusterten Ranzen ein vorzügliches Kindviehfutter abgeben, zu welchem Zwecke man sie in kleine Bündel bindet oder auf der Heßelade schneidet und dann trocknet.

s. Kirchplatz-Borun, 5. Sept. [Hopfen.] Die Hopfenernte hat in den hiesigen Hopfendistricten im Laufe der vergangenen Woche begonnen, allgemein wird sie aber erst in dieser Woche beginnen. Der Ertrag wird wohl hinter den bisherigen Erzeugnissen zurückbleiben. Beim Pfücken ergibt sich, daß obgleich die Pflanze an den Stangen prahlt, dennoch nicht die erwartete Quantität gewonnen wird. Die anfängliche Erntewitterung: Regen, abwechselnd mit Sonnenschein und Wind ließ das Rothwerden der Dolden befürchten, bis jetzt ist jedoch noch kein Nachtheit zu spüren; die kalten Nächte und der starke Frost föhlen aber den Produzenten Besorgniß ein. Was die Frucht selbst betrifft, so rivalisiert dieselbe mit den besten ausländischen Produkten, ja sie behauptet nach dem Urtheile Sachverständiger den ersten Platz. Die Dolden sind ausgewachsen, schönfarbig und fast durchweg schwer mit vielem Lupulin und deshalb starkem Aroma, und wenn die Erntewitterung günstig wird, so wird die Waare gewiß allen Anforderungen entsprechen. Die Hopfenpreise scheinen sich in diesem Jahre günstiger zu gestalten als im vorigen Jahre. Es werden bereits zwischen Handlern und Produzenten Kontrakte abgeschlossen, nach welchen die neue Waare mit 30 bis 34 Thlr. pro Sentner bezahlt wird, und wenn auch diese Preise noch nicht als maßgebend angesehen werden können, weil sie sich erst später zu regeln pflegen, so steht doch zu erwarten, daß die Produzenten ihren Ertrag nicht werden verschleudern dürfen, wenngleich auch auf exorbitante Preise nicht zu rechnen ist. Nach Berichten aus Nürnberg zeigte sich dort am Marte nach bisher lebhaftem Geschäft ruhige Tendenz, da die eingelaufenen günstigeren Nachrichten aus England und Amerika ein Preisrückgang in Aussicht stellen und zur Baisse an den Hauptmärkten beitragen. Gute neue Waare wurde mit 88 fl. bezahlt, (sie wurde schon mit 100 bis 105 fl. gehandelt) die Käufer waren aber noch niedrigere Preise ab. Daß diese Blauheit rückwirkend auf die hiesigen Preise sein muß, ist selbstverständlich.

■ Erntewirtschaftsbericht aus dem oborniker Kreise. Die Entwicklung der Winterhaften war im Laufe des Monats April so stark, wie dieselbe in langen Zeiten nicht gewesen ist und berechtigte zu schönen Hoffnungen. Ende des Monats kamen jedoch kalte trockne Winde und Nachtfroste bis zum Ende der ersten Woche des Mai. Nun änderte sich die Temperatur und es trat eine sehr schöne Witterung, Wärme mit Regen, ein. Am 12. Mai zeigte der frühe Roggen schon Ahren; am 18. Mai konnte mit dem Futtern der Eugenre angefangen werden; am 22. war ein sehr schöner durchdringender Regen; am 28. Mai blühte der Roggen; am 31. Mai konnte Eugenre zu Heu gemäht werden. Im Juni waren mehrere fruchtbare Regen, welche auf die Vegetation der Sommerzeit sehr günstig wirkten. Der rothe Klee war fast auf allen Hüfenboden im vorigen Herbst vertrocknet, so daß viele Güter gar keinen Kleeblatt hatten. Um die Zeit des 12. Juli begann die Roggenernte, welche bei günstiger Witterung gut verlief; dieselbe war im Strohertrage im Allgemeinen eine günstige zu nennen. Zeit zeigt sich der Roggen im Körnerertrage nicht so zufriedenstellend, wie erwartet wurde; auch ist das Korn selbst mager und leicht im Gewicht. Die Heuernte war recht lohnend und ist auch von guter Witterung begünstigt gewesen. Im größeren Theil des oborniker Kreises wird wenig Weizen gebaut, dieser lohnt zu einer guten Mittelernte. Das Sommergetreide hat im Ganzen eine gute Ernte ge liefert. Die Werbung des zweiten Schnitts Heu ist durch Regen verschiedentlich gestört worden. Die Kartoffeln versprechen einen guten Ertrag zu geben, ebenso stehen die übrigen Wurzelgewächse gut. Der Frost in den letzten Nächten hat dem Mais und Lupinen wesentlich geschadet. — Im Ganzen ist im oborniker Kreise in der Landwirthschaft ein reger Fortschritt wahrzunehmen; es wird viel Sorgsamkeit auf den Futterbau namentlich den Luzernebau verwandt. Da die meisten größeren Güter einen Brennereibetrieb haben, so wird der Kartoffelbau in größerer Ausdehnung mit Sorgfalt betrieben. Auch ist auf verschiedenen Gütern drainirt worden. Es haben viele Gutsbesitzer in den letzten Jahren viel zur Erhöhung der Rindviehzucht gethan, besonders bessere und edlere Sorten angepflanzt, namentlich echte Holländer Kühe, auch englische Viehgattungen und Fleischschafe. Ohne daß viel darüber gesprochen wird, findet unter den Gutsbesitzern und Landwirthen der rechte Eifer in der Wirthschaft statt, viel zu leisten und in den neuesten Erfahrungen der Landwirthschaft nicht zurückzubleiben.

### Rinderpest.

Nach einer Bekanntmachung der k. Regierung zu Frankfurt a. O. vom 4. d. Wts. ist die Rinderpest in den Drittschaften Balz, Bies und Gernheim erloschen und für den gewöhnlichen Verkehr der ganze Kreis Landsberg, ausschließlich des noch in den Seuchenbezirk um Bicher fallenden Theiles westlich einer Linie von Briesenhorst nach Bichtwerder; so wie der nördliche Theil des Kreises Sternberg, ausschließlich des Stückes westlich von der Linie Bichtwerder — Kriesch bis Sonnenburg wieder freigegeben.

### Bermischtes.

\* Berlin. Die von den städtischen Behörden ernannte Subkommission für das Arrangement der städtischen Humboldtfeier am 14. d. Wts. hat, dem Bericht nach, bis jetzt folgende allgemeine Bestimmungen getroffen: Der große Gesamttraum, welcher zur Anlage des Humboldthains im ganzen bestimmt, wenn auch theilweise noch beplant und verpachtet ist soll mit weithin sichtbaren Zeichen (Fahnen-Masten) erkennbar gemacht werden. Der zur Benutzung vorläufig schon von Feldfrüchten freigehaltene Theil

zwischen der Wiesenstraße, Grenzstraße und dem Erdwall der neuen Verbindungsbahn wird speziell für den Aufenthalt der städtischen Behörden, der einzuladenden besonderen Vereine, geographischen, geologischen u. s. w. Gesellschaften in der Art hergerichtet, daß der tiefste Punkt des Areals eine Baugrube bilden wird, worin Dokumente der Übergabe und der Zaugurirung niedergelegt, später durch eine Felsgrotte verdeckt, dauernd das Andenken an den 14. Septbr. 1869 erhalten soll. Um diese Baugrube werden sich auf flach auf die Erde gelegten Brettern die betreffenden Gruppen, daß die hier vorzunehmende Feierlichkeit von dem weiterhin ansteigenden Terrain gehörig übersehen werden kann. Es wird ein dekorirter Hintergrund mit Flaggenstangen, Girlanden und Tannenbäumen geschaffen, an deren Seite Gejagd und Musik ihre Aufführung finden.

\* In der neuen Rang- und Quartierliste des preußischen Heeres ist unter den Offiziernamen der Name Schmidt am zahlreichsten, und zwar mit 126 Namen vertreten, außerdem führen diesen Namen 20 Personen als Oberstabsärzte, Stabs-, Assistenzärzte, Sohl- und Proviantmeister. Dann folgen die Müller mit 122, die Schulze mit 117, die Fischer mit 54, die Hoffmann mit 53, die Arnim, Krause, Schröder mit 42, die Neumann mit 39, die Wedell mit 38, die Puttkammer mit 35, die Tresckow mit 32, die Wolf mit 31, die Börde Werner, Richter mit je 29, die Zimmermann mit 28, die Koch mit 27.

\* Breslau, 5. September. Der erste schlesische Protestantentag, welcher am 1. d. Wts. im Saale des Hotel Silesie hier selbst unter Leitung des Professor Dr. Raebiger abgehalten wurde und von Deputirten aus 22 Orten unserer Provinz und von zahlreichen Mitgliedern des Protestantentenvereins besucht war, hat einen, seines Zwecks würden Verlauf genommen und erfreuen sich die gefassten Resolutionen des vollen Beifalls aller gemäßigten Parteien, das Nähre über dieselben wird Ihnen durch die ausführlichen Referate hiesiger Zeitungen bekannt sein. — Der Wohlthätigkeitsfond der Bewohner unserer Stadt hat sich im Laufe dieser Woche wieder bewährt, denn nicht nur die von den hiesigen Ressourcen zum Besten der hinterbliebenen der im Plauenschen Grunde verunglückten Bergleute veranlaßten Konzerte waren zahlreich besucht, sondern auch die zu gleichem Zwecke am gestrigen Abend im Stadttheater als Nachfeier zu Göttes Geburtstage gegebene Wohlthätigkeitsvorstellung „Clavigo“ erfreute sich, besonders von Seiten der höheren Stände einer regen Beifälligung. — Was das Theater selbst anbelangt, so hat sich noch im letzten Augenblick ein Ertrag für Fr. Roth, welches heut ihre Hochzeit mit Herrn Aufztrath Gehriger feiert, in Fr. Brischik vom deutschen Theater in New York gefunden, indem diese junge Dame in der Rolle der Maria Stuart die Gunst des Publikums im Sturm erobert hat. Außer dieser haben noch die Fr. Krey, Schmidt und Bernau gastirt, von denen sich jedoch nur die Letztere einer günstigen Aufnahme erfreuen gehabt hat. Die Mitglieder unseres Sängersons sind fast sämmtlich vor den Ferien zurückgekehrt und hatten wir am Sonntag in der Oper „Hans Heiling“ von Marschner einen löstlichen Genuss. Fr. v. Carina und Fr. Deichmann, sowie die Herren Riese und Prawitz entledigten sich ihrer Aufgabe in höchst gelungener Weise und feierte besonders die erste als Königin der Erdgeistler einen erneuten Triumph. — Unsere zu den Herbstübungen ausgerückten Truppen sind gestern in die hiesige Garnison zurückgekehrt und erfolgt heut die Entlassung der Reserven und Dispositionsläuber. Leider sind die Männer nicht ohne Unglücksfälle abgegangen. Von dem Unfall des Kommandeurs vom 51. Regiment, Oberst v. Kipping werden Sie schon Kunde erhalten haben. Derselbe ist nicht wie ursprüchlich gemeldet gestorben, sondern befindet sich auf dem Wege der Besserung. Auch die Lieutenanten v. Rothkirch und Seher l. v. l. Kür.-Reg. haben sich durch Sturz mit den Pferden nicht unverletzt verletzt, zugezogen. — Unsere Gebirgsreitenden und Badegäste sind größtentheils von ihren Ausflügen heimgekehrt und haben sich in der letzten Zeit noch ziemlich günstigen Wetters zu erfreuen gehabt. Diejenigen, welche die Schneekoppe besucht haben, sind nicht sehr erbaut von dem, dem Sommerischen Koppenhaus gegenüberliegenden, neu entstandenen österreichischen Etablissement von Blasche; sie meinen, es sei auf der Koppe eben so wenig Raum für zwei als in Deutschland. — Die Eröffnung des Personenbahnhofs der Reichen Oder-Ufer-Bahn, hat am 1. d. Wts. stattgefunden und ist die Postkommandant der Oderortstadt in denselben verlegt worden. Die Postale sind geschickt vorgenommen und das Möblement in der ersten und zweiten Klasse besonders splendifer ausgefertigt. Die Freiburger Eisenbahn gestaltet seit Kurzem die Benutzung der Bahn auch denjenigen Reisenden, welche in Folge Schlusses des Billetverlaufs bei verspäteter Ankunft nicht mehr im Stande waren, ein Fahrbillet zu lösen, gegen Bezahlung von 10 Gr. Sowohl diese, als den Preis für die beabsichtigte Fahrt nimmt der

Niemendie die nicht geringe Bewunderung von uns Landratten. Im Gesetze des Engländer, der mit indianischer Ruhe und Gelassenheit von seiner Kofute aus die Welt und ihre Erscheinungen beurteilt, befand sich bloss ein Diener.

\* Das Denkmal für die am 10. Juli 1866 in Rüssingen gefallenen preußischen und bayrischen Krieger, eine trauernde Germania aus weißem Marmor, von dem Bildhauer Arnold dortselbst gefertigt, ist seit einigen Tagen an den Straße nach Nüdingen, unmittelbar an dem Kirchhofe und über dem Grab, wo mehr als hundert Tapferen ruhen, aufgestellt. Die Enthüllung und Einweihung des Denkmals ist nunmehr offiziell auf den 8. September festgesetzt und die Einladung dazu ist an die betreffenden preußischen Militärbehörden ergangen. Man hofft, daß die preußischen Regimenter, welche hier gekämpft haben, durch Deputationen vertreten werden; aus dem bayerischen Hauptquartier bei Schweinfurt ist die Benachrichtigung eingegangen, daß bayerische Offiziere in größerer Zahl sich bei der Feier einfinden werden.

\* Petersburg. Ueber den religiösen Wahnsinn der Skopzen laufen wieder neue und noch schauerlicher klingende Nachrichten ein. So z. B. schreibt das russische Blatt "Don": "Am 13. d. begaben sich vierhundert Skopzen aus Balaschow nach dem nächstgelegenen Ort, um zu beten und sich zu geißen. Nach, mit gesetzten Kleidern und bluttrüsten Körpern langten sie schon dort an, doch sollte es auf dem Heimwege noch ärger und toller zugehen. Einer unter ihnen, Namens Basilius, erklärte sich als Gottesgefandener und Christus in Person und viele Andere riefen sich nach ihm als Heilige aus. Sie erklärten, es sei nothwendig Menschenopfer zu bringen, und rissen fünf Individuen aus der Menge heraus, warfen sie zwischen mehrere übereinandergesetzte Holzkarren und zündete diese letzteren an. Ein Weib, das sich zur heiligen Paraskeva ausgerufen hatte, geißelte eine Magd mit einem Wagenleisten so lange, bis dieselbe den Geist aufgab. Ein anderes Weib wurde von den Wütenden förmlich zu Tode getrieben. Mit einem Worte, es kamen dabei Schrecklichkeiten vor, wie sie die Feder nicht wiederzugeben vermag. Das Gericht hat bereits eine Untersuchung eingeleitet und viele der Hauptschuldigen verhaftet."

\* Die Stadt Sturmitza in Macedonia ist abgebrannt, 1200 Häuser, zwei Kirchen und die Schulgebäude sind ein Raub der Flammen geworden.

\* Grant. Dem "Newyorker belletristischen Journal" entnehmen wir folgende Notiz: Es ist gegenwärtig jedem, welcher unangefochten seinen Geschäften oder seinem Vergnügen nachgehen will, dringend zu raten, sich recht sorgfältig zu kleiden, denn sonst kann ihm leicht etwas passieren, was nicht zu den Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens gehört. Er rüstet, daß plötzlich eine Meute auf ihn zustürzt und sich um die Ehre balgt, ihm die Hand zu schütteln, oder daß er um ein Amt angelobt wird. Seit der Präsident Grant in einem washingtoner Hotel kein Privatzimmer zum ruhigen Genuss seines Frühstücks bekommen konnte, weil der Kellner ihn selber außerhalb des Erscheinung noch nicht für zahlungsfähig hielt, seit man ihn auf dem Boote von Long Branch im Harborostum, mit einem Hute à la Schlaginweite, und einem mächtigen, die Einsätze seiner Frau enthaltenden Pakete unter dem Arm erblickte, und seit er auf dem Bureau des Districtsanwalts Pierrepont von den Komptoiristen grob angefahren wurde, wird hinter jeder anständig gekleideten Persönlichkeit der Präsident der Vereinigten Staaten gewittert.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

## Bekanntmachung.

Wegen Pfasterung des Verbindungs-Damms muß die Posen-Boreker Chaussee von heute an vom Kalischer Thor bis zum ersten Überfall für Fuhrwerke und Reiter gesperrt werden.

Die Fuhrwerke ic. haben daher die Straße nach dem Barthe-Blochause, beim Fort Nauch vorbei, und von da rechts ab zu fahren, der Art, daß sie beim ersten Überfall wieder auf die oben genannte Chaussee kommen.

Posen, den 7. September 1869.

Königliche Polizei-Direktion.

Slaudt.

## Bekanntmachung.

Freitag den 24. September c., Vormittags von 10 Uhr ab, sollen vor der Hauptwache in Herrnhstadt circa 50 zur Ausrangierung kommende königliche Dienstpferde öffentlich und meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden, wozu Kauflebhaber hiermit eingeladen werden.

Kommando des königl. Westpr. Kürassier-Regiments Nr. 5.

Ein zum Gendarmerie-Dienst nicht mehr brauchbares Pferd soll am 8. d. Mts., Morgens 10 Uhr, in Jerzyce vor dem alten Schulhouse meistbietend gegen sofortige Bezahlung verkauft werden.

Kommando des Posen-Districts der 5. Gendarmerie-Brigade.

## Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Kommando sollen Freitag den 17. September d. J., Morgens 8 Uhr,

auf dem Kanonenplatz hier selbst mehrere ausrangirte königl. Dienstpferde meistbietend verkauft werden.

Die Bezahlung des Kaufpreises muß nach dem Buschlage sofort in preuß. Courant erfolgen.

Das Kommando des Niederschles.

Train-Bataillons Nr. 5.

## Städtische Wasserwerke.

Wegen einiger im Hochbassin bei Bartholdshof vorgenommener Arbeiten muß die regelmäßige Abgabe von Wasser vom 9. d. Mts., 1 Uhr Mittags ab, bis zum 10. d. Mts. Nichts, unterbrochen werden.

Posen, den 6. September 1869.

Die Direktion der Wasserwerke.

## Aufforderung

der Konkursgläubiger, wenn nachträglich eine zweite Anmeldungsfrist festgesetzt wird.

## Bekanntmachung.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Hermann Mendel zu Posen ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 21. September 1869 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

Weitere Beiträge für die Hinterbliebenen der im Plauenischen Grunde Verunglückten sind ferner eingegangen:  
Frl. Clemens 1 Thlr.; seit erster Sendung in Summa 38 Thlr. 6 Sgr.  
Die Expedition der "Posener Zeitung".

## Angekommen Fremde

vom 7. Septbr.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Brand nebst Frau und Familie aus Neuhoff, Heising aus Striegau, Bauunternehmer Rauschnig aus Buz, die Kaufleute Wirth aus Offenbach, Heller aus Berlin, Hillert aus Lennep, Baumann aus Hanau, Fabrikant Schweizer aus Löbau.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Guischard aus Gusczo, Sperling aus Kuklow, Frau v. Treskow aus Dwins, die Kaufleute Mittag und Friedländer aus Berlin, Schneider aus Breslau, Kraft, Gottwaldt und Schwenke aus Leipzig, Behrens aus Chemnitz, Hoffmann aus Hamburg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Sulerzycki aus Chomiann, v. Palitzewski aus Gembice, v. Rueckowska aus Polen.

OEHMIGS HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Graf Gutowski aus Turwia, v. Potworowski und Frau aus Chlapow, v. Ostrowski aus Polen, v. Treskow aus Chludowo, Rechtsanwalt Weiß mit Familie aus Schröda, Rentier Bogacki aus Kratow, Kaufm. Kempfer aus Hamburg.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Graf Lubinski aus Polen, Assel.-Insp. Flemming und Rentier Arnold aus Berlin, Males Sewicki aus Bromberg, die Kaufleute Aschenheim aus Dresden, Lehmann aus Frankfurt a. O., Prok. aus Liegnitz, Wende aus Militsch.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Herweg und Lechner aus Berlin, Rittergutsbesitzer Dutschke aus Domitz, Sekretär Zagiewicz aus Wiesbaden.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer v. Urbanowski aus Turostowo und v. Bokoski aus Bajaczkow, Wagenfabrikant Maciejewski aus Gnesen, Bürger Romanowski aus Kryza.

## (Eingesandt.)

Auf der ganzen langgedehnten St. Martinsstraße befindet sich nur ein einziger Briefkasten, und zwar an dem einen Endpunkte derselben vor dem Steueramt in der Nähe des Berliner Thores. Wenn nun auch in der Nähe des zweiten Endpunktes, am ehemaligen Hotel de Biene, gleichfalls ein Briefkasten angebracht ist, so dürfte die Entfernung dieser beiden Briefkästen von einander doch eine entschieden zu große sein, zumal bekanntlich vom Hotel de Biene die St. Martinsstraße sehr stell empsteigt, so daß für Diesejenigen, die auf dem hochgelegenen Theile der Straße wohnen, es immerhin beschwerlich ist, ihre Briefe bis zu dem Briefkasten am Hotel de Biene hinabzutragen. Aber nicht allein die Bewohner von St. Martin, sondern auch die der Bäckerstraße und des oberen Theiles der Wilhelmstraße leiden darunter, daß sich in ihrer Nähe kein Briefkasten befindet. Es würde demnach durch die Anlage eines solchen an der Ecke der Wilhelmstraße und St. Martin oder an der Ecke von St. Martin und der Bäckerstraße gewiß einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen werden.

A. W.

Posen. Vor einigen Tagen erschien ein junger Mann in einer hiesigen Restauration und verlangte eine Portion Krammets-Bögel. Als der

betreffende Kellner sie brachte, reichte der junge Mann einen Hut und befahl sie hinein zu schütten. Anfangs war der Kellner nicht gleich bereit, doch es half nichts, er mußte dem Gast gehorchen. Plötzlich schrie ein Herr aus Leibeskraften: "Hören Sie! was machen Sie da für dumme Streiche, nehmen Sie hübsch Ihren Hut!" Bitte um Entschuldigung, segnet Sie den Hut ruhig auf. Wie erstaunte man, als die lebenden Bögel wieder hinausflogen. Man erkundigte sich nach dem Namen des Unbekannten, und als man Kobizki hörte: Ha, ha, hieß es, der Tafchenspieler. Gest wurde die Gesellschaft heiter und Herr Kobizki gab noch Einiges zum Besten. Unter Anderem ließ er sämtliche Teller, Messer und Gabeln eine Polka tanzen.

## (Eingesandt.)

Die vorzügliche Heilnahrung Revalescière du Barry bewahrt sich in allen Krankheiten, gibt Kraft, Schlaf, Appetit und Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch; in folgenden Krankheiten ist sie mit bestem Erfolge angewandt worden: Magen-, Nerven-, Brust-, Lungen-, Leber-, Drüs-, Schleimhaut-, Atem-, Blasen-, und Nierenleiden, Schwindfucht, Asthma, Husten, Unverdaulichkeit, Verstopfung, Diarrhoe, Schlaflosigkeit, Schwäche, Hämorrhoiden, Wasserflucht, Fieber, Schwindel, Blutaufsteigen, Übelkeit und Erbrechen selbst während der Schwangerschaft, Diabetes, Melancholie, Abmagerung, Rheumatismus, Gicht, Bleichfucht. — 70,000 Genesungen, die aller Medizin widerstanden, worunter ein Zeugnis Sr. Heiligkeit des Papstes, des Hofmarschalls Grafen Plustow, der Markgräfin de Bréhan u. A. Copie dieser Certifikate wird portofrei und umsonst auf Verlangen gesandt. — Nahrhafter als Fleisch, erspart die Revalescière 50 Mal ihren Preis in anderen Mitteln, wie auch die Revalescière Chocolatee 10 Mal mehr als Fleisch und gewöhnliche Chokolade nährt; Erwachsene, wie die schwächsten Kinder dürfen sich ihrer in allen Leiden bedienen.

Dieses kostbare Nahrungsheimittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von 1/2 Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalescière Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.

Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6; in Frankfurt a. M. 10. Rossmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königslberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 3. August 1869 bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf den 28. September 1869,

Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissar, Kreisrichter v. Brandt, im Terminkabinett Nr. 1 unseres Geschäftsstalls anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich eingeht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns bezeichneten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizrat Paesch, Maileck und Meyer zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Wreschen, den 28. August 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

## Nothwendiger Verkauf.

Das dem Kaufmann Sigismund Berends gehörige, in der Stadt Posen unter Nr. 163 der Vorstadt St. Martin befindliche Grundstück, abgeschäfft auf 25,802 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypotheken in der Registratur eingetragenen Lage, soll

## am 17. März 1870,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle aufzufestigt werden.

Der Kaufmann Sigismund Berends und die dem Aufenthalt nach unbekannten Gläubiger:

a) das Fräulein Wanda Ursula Szambovska,

b) der Handlungsgehilfe Wilhelm Friedrich Immanuel Werner; früher zu Posen wohnhaft,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Posen, den 17. August 1869.

Königliches Kreisgericht.

Abtheilung für Civilsachen.

## Auktion.

Mittwoch den 8. und Donnerstag den 9. d. Mts., früh von 9 Uhr ab, werde ich im Laden Berlinerstraße Nr. 11 (vis-à-vis dem Polizei-Direktoriu) wegen Umzuges und Auflösung des hiesigen Geschäfts, die Waarenbestände des Kaufmanns Herrn Isidor Cohn, und zwar echt importierte und imitierte Havannah, Hamburger und andere Zigarren, Bigaretten, türkische und andre Rauchtabake, echte Wiener Meerschaumsippen ic. ferner Geschäftswienslien, Doppelpult, Repotitorien, Gaslampen, Möbel, Haus- und Küchengeräthe ic. ic. öffentlich versteigern.

Manheimer, königlicher Auktionskommissarius.

Ein Rittergut, 2650 M., incl. 500 M.

See und 350 M. Wiesen, 2 Meilen Chaussee von der Posen-Thorer Bahn und Kreisstadt, mit gutem, mildem Lehmboden, guten Gebäuden und komplettem Inventar. Preis 92,000 Thlr. Anzahlung 35,000 Thlr. Das Gut ist sehr preiswürdig.

Ein adeliges Gut, 1480 M. Weizen und 200 Bänden, inkl. 60 M. Laubholz, 3 Meilen Chaussee von der Posen-Thorer Bahn und 1/2 Meile bis zur Kreisstadt, mit vorzüglichen Gebäuden, vollständig und gutem Inventar; 90 Jahre in einer Familie. Preis 76,000 Thlr. Anzahlung 25,000 Thlr.

Ein Gut, 140 M. Weizen, 1/2 M. Laubholz, 2/3 M. Chaussee von der Posen-Thorer Bahn u. Kreisstadt; fast durchgehend Weizenboden, mit guten Gebäuden, komplettem Inventar und sicherem Hypothekenstand. Preis 42,000 Thlr. Anzahlung 12,000 Thlr.

Ein Gut, 1/2 M. bis zum Posen-Thorer Bahn und zur Kreisstadt, 385 M. Weizen, inkl. 47 M. Wiesen und 40 M. Wasser (sehr frisch), mit gutem, lehmigem Boden, bedeutendem Torfstich, sehr guten Gebäuden, komplettem Inventar. Preis 18,000 Thlr. Anzahlung 5 bis 6000 Thlr.

Nähere Auskunft ertheilt

Julius Hass

in Gnesen.

An der Posen-Gubener Bahn oder benachb. Kr. wird ein kleineres Gut zu kaufen oder ein größeres Gut aus erster Hand zu pachten gesucht. Bedingung: feste Hyp., kleef. Boden, gute Geb. Spezielle Off. sub A. Z. Exp. d. Btg.

Landgüter jeder Größe, von 100 Morgen aufwärts, weise ich zum billigen Ankaufe nach.

Gerson Jarocki,

# Imperial-Feuer-Versicherungs-Gesellschaft in London,

gegründet 1803 mit Domizil in Berlin.

Grund-Kapital . . . . . 8,000,000 Thlr.  
Reserve-Bonds ult. 1868 . . . . . 6,300,000

Prämien- und Binsen-Einnahme im Jahre 1868 . . . . . 2,650,000

Die Gesellschaft schließt Feuer-Versicherungen jeder Art zu festen und billigen Prämien ab und gewährt bei fünfjähriger Versicherung unter Vorauszahlung der Prämie,  $\frac{1}{6}$  des Betrages als Rabatt.

Anträge nimmt entgegen und jede nähere Auskunft ertheilt.

**Die General-Agentur zu Posen.**

Ed. Weiche, Berlinerstraße 26.

sowie die Herren Vertreter

in Posen, Kaufmann Paulin Mann,

Agent Kutzner,

Zurawski,

in Lissa, Brüder Jakubowski,

in Turoschin, Sekretär Bogucki,

in Czerny, Kupferwarenfabrik Einecke,

in Sauter, Agent Soenderop,

in Schmiegel, Lehrer Gregor,  
in Dobroń, Agent Baruth,  
in Schrimm, Kaufmann Boldin,  
in Kempen, Partikular Heintke,  
in Ostrowo, Lehrer Wendland,  
in Rawicz, Partikular Sperling.

**Nordstern**

Lebens-Versicherungs-Aktion-Gesellschaft zu Berlin.

Tüchtige Agenten in den Kreisen Posen, Samter usw. der Stadt Samter, Me-

szig, Oboz und Birnbaum sucht und stellt an

**Die Haupt-Agentur zu Posen.**

Ed. Weiche, Berlinerstraße 26.

**Blumenzwiebeln,**

echte Haarlemer und Berliner,

empfiehlt in vorzüglichster Qualität; Verzeichnisse gratis und franko. — Gleichzeitig empfiehlt zur Ausführung von Gartenanlagen und Anfertigung von Gartenplänen auf die geschmackvollste und sauberste Art.

**Heinrich Mayer,**

Königsstraße 15 a. Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

125 3- bis 4-jährige fette Ham-  
mel stehen auf dem Dusznear Vor-  
werk per Trzemeszno zum Verkauf.

**W. Wehr.**



**Pferde-Verkauf!**

Ein großer Transport russischer Wagen- und Reitpferde, von Tam-  
bow kommend, wird Dienstag und Mittwoch in Posen zum Verkauf stehen. Näheres bei den Herren

Moritz Eichborn & Co., Posen,

Breitestraße Nr. 12.

**Zorn & Anzmann, Augsburg.**

Hierdurch zeigen wir einer verehrten Handelswelt ergebenst an, daß wir die

**nächste Leipziger Michaelis-Messe**

zum ersten Male beziehen.

Wir halten unsere Fabrikate, bestehend in Rosentänzen, Kreuzen, Medaillen, Holz-  
schnitzwaren religiöser Art usw., Colliers und Glasperlen bestens empfohlen und verschieren  
prompte, billigste Bedienung.

**Zorn & Anzmann, Augsburg.**

Mehllokal: Markt 13, 2. Etage, Stieglitzens Hof, Leipzig.

**Nouveautés**

in Blousen, Baschiks, Häub-  
chen, Schleifen, Chemisets, Ju-  
pons empfing

**M. Zadek jun.,**

Neuestraße 4.



In besonders  
großer  
Auswahl

find elegante und solid ge-  
arbeitete Herren-Stiefeln,  
Damen- und Kinderschuhe  
in dem ersten Wiener Bazar  
von

**S. Tucholski.**

Wilhelmsstr. 10.

Auswärtige Aufträge und  
Reparaturen werden punkt-  
lichst besorgt.

Gummischläuche,  
Gummiplatte,  
Beckfackeln,  
Daggert (Dzieglec)

empfiehlt  
**Julius Scheding Nfgr.,**  
Posen, Wallischei a. d. Brücke.

8 Pfd. harte Seife für 1 Thlr.,  
echt amerikanisches Petroleum à  $5\frac{1}{4}$  Sgr.,  
pr. Quart empfiehlt

**W. Koszutski,**  
Breslauerstr. 37.

## Dr. Friedr. Lengil's Birken-Balsam.

Schon der vegetabilische Saft allein, welcher aus der Birke fließt, wenn man in den Stamm derselben hineinbohrt, ist seit Menschenzeiten als das ausgezeichnete Schönheitsmittel bekannt; wird aber dieser Saft nach Vorschrift des Erfinders auf chemischem Wege zu einem Balsam bereitet, so gewinnt er sich entstandene Runzeln und Blätternarben, gibt ihm eine jugendliche Gesichtsfarbe und verleiht er Weisse, Barthe und Frische, entfernt in kürzester Zeit Sommersprossen, Überbleiben, Muttermale, Nasenröthe, Mitesse und alle anderen Unreinheiten der Haut.

Preis eines Kruges sammt Gebrauchsansetzung Thlr. 1. — Ein Tiegel Opo-Pomade 10 Sgr., 1 Stück Benzoe-Seife 10 Sgr. Gef. Granulo-Bestellungen werden gegen Ein-  
sendung oder Nachnahme des Betrages ausgeführt durch

**S. Spiro in Posen.**

Dampfschiff-Häfen.

**Stettin-Kopenhagen:**

Dampfer „Stolp“, Kapt. G. Biemke.

Absatz von Stettin jeden Sonnabend Mittags.

Passagierpreis: Rajutsplatz 4 Thlr., Deckplatz 2 Thlr.

**Stettin-Riga:**

Dampfer „Merkur“, Kapt. G. H. Uppen-

die.

Absatz von Stettin 21. Juli, 4., 18. August,

1., 15., 29. September.

**Rud. Christ. Gribel in Stettin.**

Amerikanische 1882er

Anleihe.

Der am 1. November d. J. fällige Coupon dieser Anleihe wird schon von heute ab bei mir eingelöst.

**Ich zahle dafür den höchsten Cours.**

**M. Meidner,**

Bank- und Wechselgeschäft,

**Berlin, Unter den Linden 16.**

**Süsse ungar.**

**Kurweintrauben, sowie**

**vorzügliche Wasser- u.**

**Ananas-Melonen empfiehlt**

**A. Cichowicz.**

**Delikate Stralsunder Speckbüdlin**

empfing

**F. Fromm.**

Die am 1. November c. fälligen Kupons der Amerikanischen 6-prozentigen Anleihe kaufen wir schon jetzt.

**Posener Real-Kreditbank.**

A. Nitkowski & Co.

**Allerneueste Glücks-Offerte.**

Das Spiel der **Frankfurter Lotterie** ist von der **königlich preussischen Regierung** gestattet.

**„Gottes Segen bei Cohn!“**

Grossartige wiederum mit Gewinnen bedeutend vermehrte Capital-Verloosung von nahe 4 Millionen.

Die Verloosung garantirt und vollzieht die Staats-Regierung selbst.

Beginn der Ziehung am **20. d. M.**

**Nur 2 Thlr. oder 1 Thlr. oder 15 Sgr.**

kostet ein vom Staate garantirtes wirkliches Original-Staats-Loos, (nicht von den verbotenen Promessen) und bin ich mit der Versendung dieser wirklichen Original-Staats-Loose gegen frankirte Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss selbst nach den entferntesten Gegenden staatlich beauftragt.

Es werden nur Gewinne gezogen.

Die Haupt-Gewinne betragen 250,000, 200,000, 190,000, 175,000, 170,000, 165,000, 160,000, 155,000, 150,000, 100,000, 50,000, 40,000, 25,000, 24,000, 23,000, 22,000, 21,000, 20,000, 18,000, 16,000, 15,000, 14,000, 13,000, 12,000, 11,000, 10,000, 9,000, 8,000, 7,000, 6,000, 5,000, 4,000, 3,000, 2,000, 1,000, 500, 300, 272, 200, 24,550 Gewinne à 110, 100, 50, 30.

Kein Loos gewinnt weniger als einen Werth von 2 Thaler.

Gewinngeber und amtliche Ziehungslisten sende unter Staatsgarantie meinen geehrten Interessenten nach Entscheidung prompt und verschwiegen zu.

Durch meine von besonderem Glück begünstigten Looses habe meinen Interessenten bereits allein in Deutschland die allerhöchsten Haupttreffer von 300,000, 225,000, 187,500, 152,500, 150,000, 130,000, mehrmals 125,000, mehrmals 100,000, kürzlich schon wieder das grosse Loos von 127,000 und jüngst am 30. Juli schon wieder 5 der grössten Haupt-Gewinne in dieser Gegend ausbezahlt.

Jede Bestellung auf meine Original-Staats-Loose kann der Bequemlichkeit halber auch ohne Brief, einfach auf eine jetzt übliche Postkarte machen. Dieses ist gleichzeitig bedeutend billiger als Postvorschuss.

**Laz. Sams. Cohn in Hamburg,**

Haupt-Comptoir, Bank- und Wechselgeschäft.

Markt- u. Breslauerstr.-Gä 60 ist der **Warschauer sche Laden** (seit 20 Jahren Herren-Garderobe-Geschäft) vom 1. Oktober zu verm. Näheres St. Martin 9, 2 Tr.

Gr. Gerber-Str. 2 ist eine Kellerwohnung von 2 Stuben nach der Straße belegen, vom 1. Oktober cr. ab zu vermieten.

Ein mödl. Zimmer zu vermieten Große Ritterstraße 6, 1 Treppen hoch.

Markt 60 sind eine Wohnung und ein Keller, sich zum Geschäft eignend, zu verm. Näheres St. Martin 9, 2 Tr.

Markt 71 ist ein Zimmer i. 1. St. möblirt auch unmöblirt vom 1. Oktober ab zu vermieten.

Näheres Ritterstr. 24, 2. Etage.

Zum Waschen und Plätzen empfiehlt mich den geehrten Herrschäften in und außer dem Hause und bin zu erfragen Sandstraße Nr. 7 im Hinterhause.

Ein Kommiss, der polnisch Sprache mächtig, kann sofort in die Material- u. Weinhandlung von **P. Stan** in Golanez eintreten.

Ein tüchtiger Rockarbeiter findet dauernde Beschäftigung bei

**C. Ehler,**

Alten Markt Nr. 72.

Eine leistungsfähige Cigarren-Fabrik sucht für (Posen) und Umgegend einen tüchtigen Agenten. Gefällig Adressen **L. W. & H. 57**, poste rest Berlin.

Ein Lehrling kann sofort eintreten bei **R. Wismacke**, Bäderstr. St. Martin 63.

## Humboldtfeier.

Nächsten Mittwoch, Abends 7 Uhr, Gesangsprobe im Saale der Luisenschule.

Naturwissenschaftlicher Verein.

Mittwoch den 8. dieses Monats, um 5 Uhr Nachmittags, wird zu Ehren von **Alexander von Humboldt** in der Aula der Realsschule ein öffentlicher Vortrag gehalten werden, wozu auch Nichtmitglieder Zutritt haben.

Ein goldener em. Knopf ist verloren worden. Wiederbringer erhält Breslauerstraße 13/14 eine Belohnung.

Bei meiner Abreise nach Mainz allen Freunden und Gönnern ein herzliches Lebewohl.

**Albert Eckert.**

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute Mittag 2 Uhr beschien mich mein liebes Weibchen, Emma geb. Contenius, mit einem munteren, kräftigen Mädchen. Posen, den 6. September 1869.

**Graupner,**

Militair Intendantur-Sekretair.

Heute früh 2 Uhr wurde meine liebe Frau, Louise geb. Witte, von einem kräftigen Mädchen glücklich entbunden.

# Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Stettin, den 7 September 1869. (Mareuse & Haas.)			
Not. v. 6.		Not. v. 6.	
Weizen, unverändert.		Spiritus, fest.	
Sept.-Okt. . . . .	73½	Sept.-Okt. . . . .	16½
Okt.-Nov. . . . .	72½	Okt.-Nov. . . . .	15½
Frühjahr . . . . .	72½	Frühjahr . . . . .	15½
Roggen, unverändert.		Rüböl, matt.	
Sept.-Okt. . . . .	52	Sept.-Okt. . . . .	12½
Okt.-Nov. . . . .	51½	April-Mai 1870 . . . . .	12½
Frühjahr . . . . .	49½	49½	

## Börse zu Posen

am 7. September 1869.  
Des jüdischen Neujahrsfestes wegen kein Geschäft.

## Produkten-Börse.

Berlin, 6. September. Wind: SW. Barometer: 28<sup>2</sup>. Thermometer: 17°. Witterung: trübe.  
Der heutige Markt war des hohen jüdischen Feiertags halber sehr spärlich besucht und Umsätze fanden in allen Artikeln nur vereinzelt statt.  
Roggen hat sich im Werthe wenig verändert; das Angebot war der Kauflust überlegen und stellten sich Preise daher eher zu Gunsten der Käufer. Loto war nichts offerirt.  
Roggenmehl Termine geschäftlos.  
Weizen wurde wesentlich höher bezahlt, da für die Nachfrage keine entsprechenden Öffnungen sich vorfanden.  
Hafer loto sehr wenig belebt, Termine fast geschäftlos.  
Rüböl fest aber sehr still.  
Spiritus in fester Haltung bei winzigen Umsätzen. (B. S. B.)  
Stettin, 6. September. An der Börse. Wetter: schön. Temperatur: +13° R. Barometer: 28.5. Wind: SO.  
Weizen fest. Roggen unverändert. Gerste wenig verändert. Hafer wenig Geschäft. Erben ohne Handel. In Sommergetreide war das Geschäft sehr klein. Rüböl still. Spiritus matt. Angemeldet nichts. (Ostl.-Stg.)

## Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 6. September 1869.

### Preußische Bonds.

Freiwillige Anleihe		97½	G
Staats-Anl. v. 1869	100	bz	
do. 100 fl. Kreis. B.	93½	bz	
do. 1864, 55, A. 4%	93½	bz	
do. 1857	93½	bz	
do. 1859	93½	bz	
do. 1856	93½	bz	
do. 1864	93½	bz	
do. 1867 A.B.C. 4%	93½	G	
do. 1850, 52 conv.	86	bz	
do. 1853	83½	bz	
do. 1862	83½	bz	
do. 1868 A.	82½	bz	
Staatschuld-Anleihe	81½	bz	
Präm. St. Anl. 1855	121	B	
Kurz. 40 Lthr. -Obl.	56½	bz	
Kurz. u. Neum. Schub	80	bz	
Oderdeichbau-Obl.	—		
Berl. Stadtoblig.	100½	bz	
do. do.	91	bz	
do. do.	71	bz	
Berl. Börs.-Obl.	99½	bz	[bz]
Berliner	83½	B	
Kurz. u. Neum.	72½	B	
do. do.	82½	B	
Östpreußische	—		
do. do.	80	bz	
do. do.	87½	bz	
Pommersche	71½	bz	
do. do.	82½	bz	
Posensche	—		
do. do.	82½	B	
do. neu.	82½	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische	87	B	
Thüringische	86½	bz	
do. neu.	86	B	
Wekpreußische	71	bz	
do. neu.	79½	bz	
do. do.	85½	bz	
Kurz. u. Neum.	86	bz	
Bommerische	86½	bz	
Bosensche	85	B	
Brustsche	85½	B	
Rhein.-West.	88½	bz	
Sächsische</			